

Umweltschutz (MA 22)

Die MA 22 - Umweltschutzabteilung der Stadt Wien beschäftigt sich mit rechtlichen und technischen Angelegenheiten des Umweltschutzes. Eigene Referate sind für die Bereiche Umweltrecht, Lärmschutz, Naturschutz, Umweltschutz & Stadtentwicklung, Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft sowie für den Bereich Forschungskoordination, EU-Aufgaben und Nachhaltige Entwicklung eingerichtet. Regelmäßig werden Betriebe und Unternehmen kontrolliert. Die Sachverständigen überprüfen, ob umweltrelevante Gesetze und Verordnungen eingehalten und vorgeschriebene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch wirklich durchgeführt werden. Mit einem flächendeckenden Messnetz wird die Qualität der Wiener Luft überwacht. Die Umweltschutzabteilung betreibt auch ein eigenes Labor, das zum Beispiel die Regeninhaltsstoffe oder die Belastung des Bodens mit Schwermetallen überprüft. Auch der „Öko-BusinessPlan Wien“ wird unter der Leitung der Umweltschutzabteilung durchgeführt. Darüber hinaus werden zahlreiche umweltbezogene Forschungs- bzw. Monitoringprojekte in Auftrag gegeben und betreut.

Weitere Arbeitsschwerpunkte der Wiener Umweltschutzabteilung sind Service, Information und Öffentlichkeitsarbeit, mit dem Ziel, über die umweltrelevanten Aktivitäten zu informieren und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Außerdem subventioniert die Umweltschutzabteilung Vereine und private Institutionen, deren Arbeit wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt beiträgt.

Im Jahr 2001 wurde ein zusätzliches Referat geschaffen und zwar für den Bereich „Umweltaspekte der Energiewirtschaft, Klimaschutz und Sonderaufgaben“. Insgesamt waren bei der MA 22 am 31. Dezember 2001 110 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Umweltrecht

Zu den Aufgaben im Bereich Umweltrecht zählt die Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes Wien. Im Rahmen der legislativen Tätigkeit werden die umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen der Stadt Wien ausgearbeitet. Weiters wird in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen oder zu deren Entwürfen Stellung genommen. Mitgearbeitet wird auch in verschiedenen Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechts.

Weitere Aufgaben sind Schulung, Ausbildung und Prüfung von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern, Vorträge zu umweltrechtlichen Themen, rechtliche Beratung in Umweltrechtsfragen, Kontrollaufgaben im Rahmen verschiedener umweltrelevanter Gesetze sowie Anordnung und Durchführung von Überprüfungen.

Bei der behördlichen Tätigkeit im Bereich der Abfallwirtschaft war über zahlreiche Anträge zum Sammeln und Behandeln von gefährlichen Abfällen bzw. von nicht gefährlichen Abfällen zu entscheiden. Eine besonders wichtige Aufgabe des Rechtsreferats als Abfallwirtschaftsbehörde ist die Genehmigung der Errichtung und Änderung von bedeutenden Abfallbehandlungsanlagen. Mehrere Übertretungen des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG) und dessen Verordnungen (Abfallnachweisverordnung, Verpackungsverordnung u. a.) mussten den Verwaltungsstrafbehörden zur Anzeige gebracht werden.

Die bereits 2000 begonnenen Arbeiten zur **Neugestaltung des AWG** in den Arbeitskreisen, gemeinsam mit Vertretern der anderen Bundesländer und des Ministeriums, wurden fortgesetzt und intensiviert, so dass im Herbst 2001 ein Entwurf eines AWG 2002 vorlag, der nun intensiv diskutiert wird.

Mit 21. Juli 2001 trat die Richtlinie der EU über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (**Strategische Umweltprüfung** – SUP-Richtlinie) in Kraft. Die Mitgliedsstaaten der EU haben diese Richtlinie innerhalb von drei Jahren in innerstaatliches Recht umzusetzen. Da auch das Land Wien von der Umsetzungspflicht betroffen ist, und zwar vorwiegend im Bereich der Raumordnung, haben bereits im Jahr 2001 die Vorbereitungsarbeiten begonnen. Das Rechtsreferat der MA 22 ist diesbezüglich in einer Länderarbeitsgruppe vertreten.

Unabhängig von den Arbeiten zur Umsetzung der SUP-Richtlinie war die MA 22 bei einem konkreten Projekt einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) beteiligt, dem **Wiener Abfallwirtschaftsplan**. Dabei wurde die Planung der Wiener Abfallwirtschaft bis zum Jahr 2010 erarbeitet. Das Ergebnis dieser Planung unter Prüfung der Umweltauswirkungen wurde vom Wiener Gemeinderat im Dezember 2001 zur Kenntnis genommen.

Vom Rechtsreferat der MA 22 wird auch das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP-G 2000) vollzogen. Das UVP-G 2000 sieht für bestimmte Vorhaben eine umfassende Überprüfung der Umweltauswirkungen vor. In einem derartigen Verfahren ist eine einzige Behörde für alle erforderlichen Genehmigungen, Bewilligungen und Anzeigen, die mit dem Vorhaben verbunden sind, zuständig (**One-Stop-Shop-Prinzip**). Gleichzeitig erfolgt in diesem Verfahren eine verstärkte Information der Öffentlichkeit und Einbindung der BürgerInnen. Die MA 22 führt seit dem 30. November 2001 ein derartiges Verfahren für die geplante Verlängerung der U-Bahnlinie U2 durch. Dabei handelt es sich um ein so genanntes Grundsatzgenehmigungsverfahren, dem mehrere Detailgenehmigungsverfahren folgen werden.

Im Jahr 2001 wurde eine **Novelle des Wiener Naturschutzgesetzes** ausgearbeitet und vom Landtag beschlossen. Die Novelle setzt weitere Verpflichtun-

gen der EU-Naturschutzrichtlinien (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Vogelschutz-Richtlinie) im Bereich des Artenschutzes und für Natura 2000-Gebiete um und sieht Neuerungen vor, die sich auf Grund der Erfahrung mit der Vollziehung des Wiener Naturschutzgesetzes 1998 als notwendig erwiesen haben. Weiters wurde eine Verordnung zum **Landschaftsschutzgebiet Hernals** erlassen, mit der einzelne Gebiete des 17. Wiener Gemeindebezirks unter Schutz gestellt und Erhaltungsziele für dessen Teilbereiche festgelegt wurden.

Bei der Vollziehung des Wiener Naturschutzgesetzes lagen die Schwerpunkte bei der Behandlung von Anträgen auf Durchführung von Maßnahmen in geschützten Gebieten oder bestimmter im Grünland bewilligungspflichtiger Maßnahmen. Auch Anträge auf Genehmigungen im Bereich des Artenschutzes waren zu behandeln. Ebenso wurden einige Verfahren zur Unterschutzstellung von Naturdenkmälern oder zum Widerruf der Unterschutzstellung von Naturdenkmälern durchgeführt.

Im Rahmen des Wiener Nationalparkgesetzes wurden ein fischereilicher Managementplan 2002 und ein jagdlicher Managementplan 2002 erarbeitet und erlassen.

Lärmschutz

Die MitarbeiterInnen des Referats für Lärmschutz erstellen technische Gutachten als Sachverständige bei Planungsprojekten des Magistrats Wien (Hochbau, Tiefbau und Verkehr), arbeiten als Amtssachverständige in erster Instanz bei verschiedensten Bauverfahren der Baupolizei, gewerbebehördlichen Verhandlungen der magistratischen Bezirksämter und in eisenbahnrechtlichen Verfahren. Außerdem sind sie als Amtssachverständige in zweiter Instanz in Behördenverfahren nach der Bauordnung oder der Gewerbeordnung tätig. Weitere Schwerpunkte sind Lärmmessungen vor Ort und die Beurteilung von Lärmbelastung durch Betriebe und Verkehr (Kfz- und Schienenfahrzeuge) sowie Messungen von Bau-, Industrie- und Gewerbelärm. Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärmtechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Messwertfassung computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm.

EU-Projekt SYLVIE

Mit dem bis Ende 2002 laufenden Projekt SYLVIE (SYSTEMatische Lärmsanierung in innerstädtischen WohnVIerteln) schlägt die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien einen neuen Weg auf dem Gebiet der Lärmsanierung ein. Das Team von SYLVIE setzt auf neue Methoden der Lärmsanierung in Form eines „kooperativen Lärmsanierungsverfahrens“, das bedeutet Beteiligung und Kooperation aller Lärmverursacher und Lärmbelastigten. Ziel des Lärmsanierungsverfahrens SYLVIE ist nicht nur die Reduktion der objektiv messbaren Lärmbelastung, sondern auch die Verminderung der subjektiv empfundenen Lärmbelastigung. Um dies zu erreichen,

vermittelt SYLVIE zwischen der Bevölkerung, den ExpertInnen, PolitikerInnen und der Verwaltung, um gemeinsame Sicht- und Handlungsweisen zu erarbeiten und konkrete Sanierungsprojekte entwickeln zu können. Im Jahr 2001 wurde in Teilen des 5. und des 12. Wiener Gemeindebezirks im Rahmen einer Lärmanalyse die Lärmbelastigung und Lärmbelastung in diesem Gebiet untersucht. Im weiteren Projektverlauf wurden Vorschläge für Lärmsanierungsmaßnahmen ausgearbeitet. Diese Vorschläge sollen 2002 als Pilotprojekte umgesetzt werden.

Weiters ging das LärmOnlineInformationssystem LOIS unter <http://www.lois.wien.at> ans Netz.

Naturschutz

Der Rahmen für die Aktivitäten des Naturschutzreferats ist durch das Leitbild der Nachhaltigkeit und die Zielsetzungen des Wiener Naturschutzgesetzes gegeben. Die einzelnen Tätigkeiten können folgenden Handlungsfeldern zugeordnet werden: allgemeine Verwaltungsaufgaben, Naturschutzplanung, Naturschutzsachverständigentätigkeit, internationale Naturschutzangelegenheiten, Naturschutzmanagement/Landschaftspflege, Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation, Kontrolle und Verwaltungsverfahren.

Arbeitspapier zur Ökosozialen Stadtpolitik

Im Rahmen des ökosozialen Forums wurde intensiv an einem Arbeitspapier zur ökosozialen Stadtpolitik mitgewirkt. Das zweijährige Forschungsprojekt vertiefte die Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Optionen der Stadtlandwirtschaft und wurde im Jahre 2001 abgeschlossen.

Neue Schutzgebiete

Im Bereich der Naturschutzplanung wurden im Jahr 2001 die Grundlagen für den geschützten Landschaftsteil Breitenlee erarbeitet. Die Vorarbeiten für die Abgrenzung eines Landschaftsschutzgebiets Penzing wurden fortgesetzt. Die Vorarbeiten zur Unterschutzstellung eines Biotops im 19. Bezirk (Halbtrockenbrache südlich des Neuberggipfels/Salmansdorfer Höhe) und eines Biotops im 21. Bezirk (Trockenrasen in der Nähe des so genannten „Herrnholzes“ am östlichen Abhang des Bisamberg) gemäß der Wiener Naturschutzverordnung wurden fertig gestellt sowie ein Pflegekonzept erstellt. Darüber hinaus konnten im 3. und im 17. Wiener Gemeindebezirk jeweils eine ökologische Entwicklungsfläche gemäß Wiener Naturschutzgesetz ausgewiesen werden.

Die methodische Auseinandersetzung mit den innerstädtischen Ex-Lege-Landschaftsschutzgebieten konnte vollendet werden und fand in der Novelle zum Wiener Naturschutzgesetz 1998 ihren Niederschlag.

Naturschutzsachverständigentätigkeit

Die Beurteilung von Eingriffen in Natur und Landschaft - die eigentliche Naturschutzsachverständ-

digentätigkeit - sowie die Kontrolle zählt zu den laufenden Hauptaufgaben. Im Jahr 2001 wurden 103 Eingriffe in Schutzgebiete bearbeitet. Als bedeutendes Artenschutzverfahren ist z. B. das naturschutzbehördliche Verfahren im Rahmen des UVP-Verfahrens zur B 301, Wiener Südrandstraße, hervorzuheben.

Als Grundlagen für die Eingriffsbeurteilung wurden folgende Projekte zur Verbesserung der Wissensbasis realisiert: Sämtliche verfügbaren Daten über die Flora Wiens wurden aufgearbeitet und in eine Datenbank eingegeben, eine dreijährige Vogelkartierung und ein spezielles langfristiges Vogelmonitoringprojekt wurden fortgeführt.

Projekte zur Landschaftspflege und zum Naturschutzmanagement

Dem Handlungsfeld Naturschutzmanagement und Landschaftspflege sind einzelne kleinere Projekte wie die Konzeption eines Biotopverbundsystems am Bisamberg in Weiterentwicklung der Managementüberlegungen für die Naturdenkmäler Alte Schanzen sowie die Errichtung von Amphibienschutzanlagen zuzuordnen, aber auch der Vertragliche Naturschutz. Die erfolgreichen Aktionen „Lebensraum Obstbaum“ und das Pilotprojekt „Lebensraum Acker“ wurden fortgeführt. Parallel dazu wird das seit 1998 laufende Projekt „Wienerwaldwiesen – Erhaltung und Pflege“ im Rahmen des ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft) in den Wiener Gemeindebezirken 13, 14, 21 und 23 weitergeführt. Die Ausweitung der Programmkomponente „Lebensraum Acker“ wurde durch die EU notifiziert und ist ab Herbst 2001 voll angelaufen. Integrativ damit verbunden wurde im Jahr 2001 ein Projekt initiiert, bei dem die Produktqualität von biologisch erzeugten Lebensmitteln untersucht werden soll.

Die Ausschreibung des Arten- und Lebensraumschutzprogramms „Netzwerk Natur“ konnte nach umfangreichen Vorarbeiten abgeschlossen werden und läuft seit 2001 in den ersten Bezirken 17, 22 und 23.

Luftreinhaltung

Die MitarbeiterInnen des Referats für Luftreinhaltung arbeiten als Sachverständige bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren (z. B. nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen) mit. Außerdem sind sie gemeinsam mit den MitarbeiterInnen des Luftmessnetzes bei der Umsetzung des Immissionsschutzgesetzes-Luft (IG-L) im Falle von Überschreitungen von Immissionsschutzgrenzwerten (Statuserhebungen, Maßnahmenkataloge) tätig und koordinieren mehrere Forschungs- und Umsetzungsprojekte im Rahmen der Strategischen Luftgüteplanung und des Klimaschutzes.

Aufbau eines Emissionskatasters für Wien

Beim Emissionskataster handelt es sich um ein

räumlich gegliedertes Verzeichnis von Emissionen aus anthropogenen, biogenen oder geogenen Quellen innerhalb eines festgelegten Bezugszeitraums. Mit dem Emissionskataster soll eine kleinräumigere und genauere Interpretation von gemessenen Luftschadstoffkonzentrationen möglich werden. Außerdem wird eruiert, welche Verursachergruppen welche Immissionen verursachen. Auf dieser Basis können dann Maßnahmenkataloge gemäß IG-L erstellt werden, um die Schadstoffbelastung langfristig zu verringern. Der Emissionskataster dient auch als Kontrollinstrument bei der Erstellung von Schadstoffinventuren.

SolarNet II

Die Stadt Wien forciert mit Unterstützung der Europäischen Union und gemeinsam mit dem Nachbarland Ungarn eine Technologieoffensive, um der Solarenergie in der Großstadt zum Durchbruch zu verhelfen. Unter dem Titel SolarNet II sollen optimale Rahmenbedingungen für den Einsatz von Sonnenkollektoren auf Wiens Dächern und Hausfassaden geschaffen werden, damit 40.000 neugebaute und sanierte Wohnungen bis zum Jahr 2010 das Warmwasser und teilweise auch die Wärme für die Heizung aus Sonnenergie erhalten können. Das Projekt SolarNet II ist damit ein wichtiger Baustein zum KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien. Die Kosten von EUR 436.037 werden zur Hälfte von der EU im Rahmen des Interreg-Programms übernommen.

Forschungsprojekt: Modellierung der Schadstoffdynamik im Stadtgebiet von Wien - Entwicklung und Anwendung eines Luftgüte-Simulationsmodells für den Großraum Wien

Motivation zu diesem Forschungsprojekt war das Fehlen eines Modells zur Ermittlung der räumlichen Verteilung der Immissionsbelastung aus Emissionsdaten eines Emissionskatasters. Das Potenzial von Modellrechnungen sollte am Beispiel der klassischen Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂) und



Umweltstadträtin Dipl.-Ing. Kossina bewundert mit Kindern die Artenvielfalt der Pflanzen am Cobenzl.

Kohlenmonoxid (CO) aufgezeigt werden, um sie bei weiteren interessanten Luftschadstoffen wie Stickoxide (NO_x), Ozon (O₃) und Feinstaub (PM10) anwenden zu können. Diese Vorarbeiten können zu einem umfassenden Luftgüte-Management- und Informationssystem ausgebaut werden. Für den neuen Emissionskataster der Stadt Wien sowie für andere Inputdaten dienen die Rechnungen als Test für ihre Anwendbarkeit.

E-Mobilförderung

Die E-Mobil-Förderung wurde fortgesetzt. Im Jahr 2001 wurden 93 Elektrofahrräder, 329 Elektroroller und 3 Hybridfahrzeuge, insgesamt also 325 E-Mobile, mit rund EUR 155.000 (2000: rund EUR 132.000) gefördert.

Abfallwirtschaft

Die MitarbeiterInnen nehmen als technische Sachverständige in Verfahren zu abfallrechtlichen Problemen Stellung, sind am Entstehen von Normen, Richtlinien und Gesetzesentwürfen beteiligt, arbeiten in verschiedenen nationalen und internationalen Arbeitskreisen mit, betreuen zahlreiche Studien, führen fachkundige Beratung der Bevölkerung durch, sind zentrale Anlaufstelle für Betriebe im Bereich der Abfallwirtschaft und führen den Abfalldatenverbund sowie die statistische Auswertung nicht gefährlicher Abfälle für Wien.

Die Schwerpunkte im Jahr 2001 waren:

- **Strategische Umweltprüfung für die Abfallwirtschaft in Wien (SUP):** Beurteilung der Quantität und Qualität der Abfall- und Altstoffmengen im Bereich der Stadt Wien sowie planerische Vorschau bis ins Jahr 2010. Ziel ist das Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für Stadtverwaltung und Stadtpolitik bei der zeitgerechten Planung von Maßnahmen zur Abfallminimierung oder der ausreichend dimensionierten Anlagenplanung.
- **Vergärung von Abfällen aus dem Gewerbe in Wien:** In Kooperation zwischen MA 22, MA 48 und Wiener Umwelthanwaltschaft wurde vor allem die Qualität des Gärrests aus Wiener Speiseabfällen, seine weitere Verwertbarkeit sowie die Biogasausbeute und Biogasqualität bestimmt. Dadurch ist eine Aussage über die weitere Verwendbarkeit der Reststoffe in einer Vergärungsanlage in Wien möglich.
- **Online-Messung der Stoffbilanz auf der MVA Spittelau:** Über einen Zeitraum von 5 Jahren wird die Zusammensetzung des Wiener Restmülls, der in der Müllverbrennungsanlage Spittelau zur Verbrennung gelangt, routinemäßig bestimmt.
- **Bewertung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen mit dem Ziel der nachsorgefreien Deponie (BEWEND):** Verschiedene abfallwirtschaftliche Maßnahmen (Deponierung unbehandelter Abfälle, thermische Behandlung, biologische Behandlung, etc.) wurden unter besonderer Berücksichtigung ihrer langfristigen Auswirkungen auf die Deponierung verglichen und bewertet.
- **Evaluierung von Testmethoden** und Modellen für die Bewertung des mittel- bis langfristigen Emissionsverhaltens schadstoffhaltiger anorga-

nischer Abfälle und Immobilisierungsprodukte (IMMO und IMMO II).

- **PCB in Baustoffen und Gebäuden in Wien:** Ziel des Projekts ist die Zusammenstellung der wichtigsten Entsorgungs-/Sanierungstechnologien, sowie daraus abgeleitet mögliche Maßnahmen zur Vermeidung von PCB-Emissionen in Gebäuden der Stadt Wien.
- **ÖkoKauf Wien:** Die MA 22 ist an dem dienststellenübergreifenden Projekt „ÖkoKauf Wien“ maßgeblich beteiligt. Die Ergebnisse werden laufend umgesetzt, tragen entscheidend zu einer Ökologisierung der städtischen Verwaltung bei und dienen der Unterstützung für EinkäuferInnen und BeschafferInnen.
- **Richtlinien für eine umweltorientierte Baustellenlogistik (EU-Projekt RUMBA):** In einem kooperativen Verfahren mit allen wesentlichen Akteuren sollen die Rahmenbedingungen für eine umweltorientierte Baustellenlogistik geklärt werden.
- **Bund-Länder-Kooperation „Austrian Research Cooperation on Endocrine Modulators“ (ARCEM):** Das Projekt erstellt Grundlagen zur ökologischen Risikobewertung und zum Risikomanagement für in die aquatische Umwelt gelangende endokrin wirksame Substanzen. Von besonderem Interesse ist die Elimination dieser Substanzen aus Trinkwasser und Abwasser.
- **Pilotprojekt Umweltmanagement in Amtshäusern des Magistrats (PUMA):** Im Gebäude der MA 22 in 1., Ebendorferstraße 4 wurde begonnen, ein Umweltmanagementsystem einzurichten. Bei einer Hausbegehung wurden die umweltrelevanten Gegebenheiten erfasst und danach bereits erste kurzfristig realisierbare Maßnahmen umgesetzt. Weiters wird auf dem Dach des Hauses eine Photovoltaikanlage errichtet.
- **Umweltzeichen Tourismus im Rahmen des ÖkoBusinessPlans:** Das Modul „Österreichisches Umweltzeichen für Tourismusbetriebe“ im Rahmen des ÖkoBusinessPlans ist ein Förderungsprogramm, welches die Beratung zum Umweltzeichen unterstützen soll. 2001 wurden 21 Betriebe zum Umweltzeichen Tourismus geführt und bei der ÖkoBusinessPlan-Gala am 29. Jänner 2002 ausgezeichnet. Damit haben bereits insgesamt 72 Betriebe in Wien das Umweltzeichen Tourismus erlangt.
- **WAB-Prämierung:** Die „Wiener AltwarenBörse“ im Internet bietet seit März 1999 Altstoffe und Altgeräte aus den Bereichen Gewerbebetriebe und Haushalte an und will Nachfrage nach solchen Produkten steigern. Im Jahr 2001 wurden die Inserenten der 700sten Anzeige im Teddy Markt und der 4.000sten Anzeige im Altwaren-Markt prämiert.

Labor

Gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien ist die Umweltschutzabteilung verpflichtet, ein chemisches Labor zu betreiben. Das Umweltlabor sieht sich über seine Verpflichtung aus der Geschäftsordnung hinaus aber auch als Serviceeinrichtung sowohl für die übrigen Referate der MA 22 als auch für andere Magistratsdienststellen und Hilfe suchende Bürger. Die Schwerpunkte der Arbeit

liegen bei der kontinuierlichen Erfassung von Schadstoffbelastungen, bei Analysen für Forschungsprojekte oder Untersuchungen bei akuten Umweltproblemen. Das Labor ist darüber hinaus auch Anlaufstelle bei zahlreichen Fragen oder Beschwerden von BürgerInnen. Sehr oft handelt es sich dabei um Geruchsprobleme oder um das Auffinden von Chemikalien bzw. unbekanntem Substanzen.

Neben den bereits in den letzten Jahren durchgeführten langfristigen Untersuchungen auf Schadstofftrends im Regen (Projekt WADOS) und im Fallstaub (Forstgesetz) wurden im Jahr 2001 auch die im Rahmen des Immissionschutzgesetzes-Luft (IG-L) geforderten Blei- und Benzolmessungen in enger Zusammenarbeit mit dem Luftmessnetz weitergeführt. Ebenso wurde die Mitarbeit am Projekt „Phytosanierung“ weitergeführt. Im Zuge dieses Projekts konnten, neben dem bereits erteilten Patent für ein umweltfreundliches Sanierungsverfahren, weitere Erkenntnisse für die praktische und in Zukunft kommerziell nutzbare Anwendung dieser Technologie gewonnen werden.

Luftmessnetz

Die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte der MitarbeiterInnen im Luftmessnetz sind Betrieb, Wartung und Ausbau des Luftmessnetzes, Durchführung stationärer und mobiler Schadstoffmessungen, Information der Bevölkerung über die Luftmesswerte, Beantwortung von Anfragen zur Luftsituation in Wien sowie Veranlassen entsprechender gesetzlich vorgeschriebener Maßnahmen bei Smogalarm- und Ozonwarnungen.

Messstellen gemäß Immissionschutzgesetz-Luft (IG-L)

Seit 1. April 2000 wurden alle stationären Wiener Immissionsmessstellen als Messstellen gemäß IG-L genannt. Mit der Nennung der Wiener Messstellen als IG-L-Messstellen müssen u. a. bei Überschreitung von Grenzwerten die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen zur Minderung von Emissionen umgesetzt werden. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung zur Erstellung von Tages-, Monats- und Jahresberichten.

Benzol Vergleichsmessungen

In der Woche vom 15. bis 19. Jänner 2001 fand ein Ringversuch zur Erfassung des Luftschadstoffs Benzol in Wien statt. Unter den Teilnehmern waren Vertreter der Landesluftmessnetze der Bundesländer Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Burgenland und das Umweltbundesamt. Als Standort für die verschiedensten Messgeräte wurde eine der verkehrsexponiertesten Messstationen (das magistratische Bezirksamt 13/14 am Hietzinger Kai 1-3) ausgewählt. Im Rahmen dieses Zusammentreffens von österreichischen Messnetzbetreibern wurden die verschiedensten Methoden der Immissionsmessung von Benzol aus verkehrsbedingten Quellen eingesetzt und verglichen.

Jahresbericht gemäß IG-L

Im November 2001 wurde vom Wiener Luftmessnetz

der erste Jahresbericht gemäß IG-L veröffentlicht. Der Bericht enthält Informationen über die Monats- und Jahresmittelwerte für die Ergebnisse der Messungen, die Schadstoffentwicklung in den vergangenen Jahren, Überschreitungen der Grenzwerte und Zielwerte sowie eine Charakterisierung der Messstellen und der eingesetzten Messverfahren.

IG-L Novelle

Die Mitgliedstaaten der EU waren verpflichtet, bis zum 19. Juli 2001 die Tochterrichtlinien zur Rahmenrichtlinie „Luftqualität“ mit Grenzwerten für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Partikel, Blei, Kohlenmonoxid und Benzol umzusetzen. Der Bund reagierte mit einer entsprechenden Novellierung des Immissionschutzgesetzes-Luft (IG-L) aus dem Jahre 1997. Diese IG-L-Novelle ist am 7. Juli 2001 in Kraft getreten.

Novellierung der Verordnung über das Messkonzept

Im Zuge der Novelle des Immissionschutzgesetzes-Luft war es erforderlich, die bestehende Messkonzept-Verordnung anzupassen. Diese enthält Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Luftmessstellen, die Verarbeitung sowie die Veröffentlichung der Messdaten.

Forschungskoordination und EU-Aufgaben

Die MitarbeiterInnen dieses Referats koordinieren die Forschungsprojekte und EU-Aufgaben der Umweltschutzabteilung. Ihr Tätigkeitsbereich beinhaltet die Beurteilung und Stellungnahmen zu nationalen und internationalen Projektvorschlägen betreffend Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Dadurch wird sichergestellt, dass bei den in Wien geförderten Projekten Umweltaspekte berücksichtigt werden. So ist die Umweltschutzabteilung in Beiräten und Begleitausschüssen der Finanzierungsprogramme der EU (z. B. Interreg III, Ziel 2-Gebiet und Urban II) vertreten.

Die Wiener Umweltschutzabteilung vertritt die Stadt Wien bei folgenden nationalen und internationalen Netzwerken:

- Das **Eurocities-Umweltkomitee** vertritt Interessen und Umweltanliegen der Großstädte Europas gegenüber der Europäischen Kommission.
- Die **Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden** ist ein Netzwerk von rund 1.200 Mitgliedern aus 38 Ländern, die sich verpflichtet haben, die Lokalen Agenda 21 Prozesse zu initiieren und zu unterstützen.
- Das **Netzwerk Nachhaltiges Österreich** setzt sich aus Akteuren der Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft aus ganz Österreich zusammen. Trotz der vielfältigen Zusammensetzung gibt es inhaltliche Umsetzungsschwerpunkte in den Bereichen Umweltschutz, Wirtschaft, nachhaltige Raum- und Regionalentwicklung sowie Technik.
- **Strategien, Instrumente und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung:** Das Projekt PASTILLE („Promoting Action for Sustainability Through Indicators at the Local Level in Europe“) verfolgt drei wesentliche Ziele: (1) Analyse der Anwendung von lokalen Nachhaltigkeitsindikatoren; (2) Welchen Einfluss haben sie auf die po-

litische Entscheidungsfindung; (3) Entwicklung von Modellen, Methoden und Techniken, die eine europaweite Anwendung auf Gemeindeebene erleichtern sollen.

- **ÖkoBusinessPlan Wien:** 115 neue Wiener Betriebe wurden am 29. Jänner 2002 von der Stadt Wien für ihre Umweltleistungen ausgezeichnet. Alle Unternehmen haben im Jahr 2001 eines der Umweltprogramme im „ÖkoBusinessPlan Wien“ erfolgreich absolviert. Die MA 22 bringt mit den sechs maßgeschneiderten Beratungsprogrammen (EMAS, ISO 14001, Ökoprotit, Betriebe im Klimabündnis, Umweltzeichen Tourismus und neu ab 2002 Abfallmanagement in Kleinbetrieben) die Wiener Unternehmen auf Umweltkurs.
- **Projekt ÖKOPOLIS:** Im Rahmen dieses Projekts werden die flächenhaften diffusen Metalleinträge von ausgewählten Siedlungsgebieten der Stadt Wien in die Umwelt am Beispiel der Stoffe Kupfer, Zink, Aluminium und Blei erhoben und Vorschläge zu einer Minimierung der Stoffflüsse erarbeitet.
- **Lokale Agenda 21:** Die Stadt Wien hat sich durch die Unterzeichnung der Charta von Aalborg zur Durchführung von Lokalen Agenda 21-Prozessen verpflichtet. Im Rahmen eines Pilotprojekts im Auftrag der MA 22, MA 21A und des 9. Bezirks wurden alle Akteurgruppen des Bezirks in einem moderierten Verfahren involviert und das Bewusstsein für die Ziele der nachhaltigen Entwicklung im Bezirk gefördert.

Öffentlichkeitsarbeit

Als Bürgerservice werden jährlich zahlreiche Broschüren, Plakate und Folder sowie der Wiener Umweltbericht produziert. In der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz“ werden die Ergebnisse aktueller Umwelt(Forschungs)projekte der Umweltschutzabteilung veröffentlicht. Die Umweltschutzabteilung ist auch via Internet für den Bürger erreichbar (www.wien.gv.at/ma22/). Zentrale Anlaufstelle für umweltrelevante Fragen und Beschwerden ist die **Wiener Umwelt Hotline** (4000/8022). Zusätzlich werden noch zwei Tonbanddienste betrieben, der Tonbanddienst zum Luftgütebericht (4000/8820) und die Ozon Hotline „Ozonix“ (4000/88288). Sie informieren die WienerInnen über die aktuelle Qualität der Wiener Luft.

Im Jahr 2001 wurden zahlreiche Folder und Broschüren produziert, so z. B. die Folder zum „Wiener Rosenzauber – Lebensraum Wildrose“, „Lebensraum Obstbaum“, „Wiener Müllfibel (Lehrbehelf)“, „Umweltfreundliche Wiener Gastlichkeit“ und die 120 Seiten starke „ÖkoBusinessPlan Wien-Auszeichnungsbroschüre“. Produziert wurde weiters auch ein Video zum ÖkoBusinessPlan Wien. Für das Video „Wiener Naturdenkmäler“ wurde mit den Dreharbeiten begonnen.

Organisiert wurden auch zahlreiche Veranstaltungen, darunter das Groß-Event zum „Autofreien Tag 2001“, der „Wiener Tag der Artenvielfalt“ am Cobenzl und der Galaabend im Festsaal des Wiener Rathauses anlässlich der Auszeichnung von 115 neuen ÖkoBusinessPlan Wien-Betrieben. Weiters wurden in Zusammenarbeit mit der Pressereferentin der Stadträtin für Umwelt rund 20 Pressekonferenzen betreut und etwa 50 Presseausendungen verfasst. Darüber hinaus hat die Stadt Wien vom 13. bis 16. März 2001 an der in Leipzig stattfindenden „TerraTec Internationale Fachmesse für Umwelttechnik und Dienstleistungen“ teilgenommen und das KliP-Klimaschutzprogramm sowie ausgesuchte Beispiele, die in Wien für einen effizienten Klimaschutz sorgen, präsentiert.

Wien-Kanal (MA 30)

Personalverhältnisse
(siehe untenstehende Tabelle)

Planung und Bau

In Fortsetzung des umfangreichen Bauprogramms der MA 30 konnten auch 2001 wieder beachtliche Investitionen in der Erweiterung des Wiener Kanalnetzes verzeichnet werden.

Sammel- und Entlastungskanäle

Die Bauarbeiten zum 2. Bauabschnitt für die Herstellung der Donaukanalverbindungsleitungen zwischen Rechtem und Linkem Hauptsammelkanal, welche die Ausleitungen von Schmutzfrachten in den Donaukanal während Wartungsarbeiten in diesen Kanälen auf einen unwesentlichen Anteil reduzieren wird, wurden abgeschlossen.

Die Planungsarbeiten für Hauptprojektbestandteile



Jugendliche aus 14 EU-Hauptstädten diskutierten mit Stadträtin Kossina über Umweltthemen im Arkadenhof des Rathauses.

MA 30 - Hauptkläranlage

Bezeichnung	31. Dezember 2000		31. Dezember 2001	
Beamte (Schema II und IV)	180	28	185	28
Arbeiter (Schema I und III)	445	77	426	77
Summe	730		716	

des „Abwasserentsorgungs- und Gewässerschutzprojekts für Wien“ wurden weitergeführt. Im Wesentlichen sind das die Planungsleistungen für die Errichtung des Wientalsammelkanalentlastungskanals sowie des Liesingtalsammelkanalentlastungskanals. Da der Liesingtalsammelkanalentlastungskanal im Bach- bzw. Flussbett geführt wird, eröffneten sich somit Möglichkeiten eines naturnahen und zeitgemäßen Ausbaus der Flusslandschaft nach Beendigung der Kanalbauarbeiten.

Netzausbauprogramm

Dieses Programm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk. Insgesamt konnten neben den in Bau befindlichen Arbeiten 23 neue Baulose in Angriff genommen werden und insgesamt 19 Baulose fertig gestellt werden.

Stadtentwicklung

Zur Unterstützung des von der Stadt Wien betriebenen Stadtentwicklungsprogramms wurden erforderliche Kanalbauten durchgeführt.

Kanalumbauprogramm

Dieses Programm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Insgesamt konnten 2001, neben der Fortsetzung der laufenden Bauten, 9 neue Kanalumbauten begonnen werden. Großes Augenmerk wird auf die unterirdische Sanierung und Instandsetzung gelegt, wodurch eine Erneuerung unter Minimierung der Behinderung für die Bevölkerung ermöglicht wird.

Generelle Planungen

Neben den zuvor angeführten Arbeiten wurden gemeinsam mit den Entsorgungsbetrieben Simmering (EbS), der MA 45 und externen Experten ein Konzept über die „ökologische und wirtschaftliche Optimierung für die Abwasserentsorgung und den Gewässerschutz für Wien“ erarbeitet und am 26. Juni 1996 vom Gemeinderat genehmigt. Dieses Konzept wird im Wesentlichen durch den systemischen Ansatz, der Betrachtungsweise aller Elemente der Abwasserentsorgung und des Gewässerschutzes als ein ökologisch und wirtschaftlich optimierbares Gesamtprojekt gekennzeichnet. Hierbei wurden nicht nur technische Maßnahmen wie Entlastungskanäle, Kanalnetzsteuerung und Kläranlagen miteinander in Verbindung gesetzt, sondern auch die Maßnahme „an der Quelle“ wie z. B. Entsiegelung, Versickerung, Fremdwasserreduktion, etc. als integrierender Projektbestandteil aufgenommen. Dieses Konzept ist im Wesentlichen als Leitlinie für die zukünftigen Aufgaben der MA 30 am Sektor des Kanalneubaus bzw. Gewässerschutzes zu verstehen.

Daneben wurden grundlegende Untersuchungen, die Hinweise und Rückschlüsse hinsichtlich des Auftretens von Geruchsbelastungen aus dem Kanalnetz geben sollen fortgesetzt, bzw. es wurden die technisch viel versprechenden Maßnahmen in einem

Großversuch auf deren betriebliche Zweckmäßigkeit getestet.

Die Arbeiten zur Erfassung des Kanalnetzes in digitaler Form im Kanalinformationssystem KANIS wurden hinsichtlich Lage- und Sachdaten weitgehend abgeschlossen. Weitweit einmalig werden die Informationen zum Kanalnetz einer Kommune in digitaler graphischer Form im Internet unter www.kanis.at angeboten.

Baupolizei

Neben zahlreichen Befunden und Planbegutachtungen war auch eine Mitarbeit im Normungswesen zu verzeichnen. Die baupolizeiliche Gruppe wurde restrukturiert (ehemals Stabsstelle) und der Betriebsgruppe eingegliedert.

Kanalbetrieb

Räumungsarbeit und Verstopfungsbehebungen

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 1.781 Einsätze geleistet. Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebs betrug im Jahr 2001 3.903 t. Im Einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 1.269 t, aus den Hauptsammelkanälen 1.275 t, aus den Straßenkanälen 691 t, aus der Kläranlage Blumental 452 t und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 216 t Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepresste Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 992 t.

Senkgrubenräumung

Der Senkgrubenbestand hat sich im Jahr 2001 weiter verringert. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die MA 30 betrug 35.168, mit einer verrechneten Gesamtaushubmenge von 226.766 m³. 731 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 1.249 t betrug.

Instandhaltung von Kanälen und Hochbauten

An 1.912 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 641 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 292 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Fuhrpark

Insgesamt wurden im Jahre 2001 von den Fahrzeugen der MA 30 ca. 1.288.500 km zurückgelegt, welche sich wie folgt aufgliedern:

Senkgrubenwagen	390.125 km
Hochdruckwagen	66.625 km
Abscheiderräumfahrzeuge	22.073 km
Verstopfungswagen	49.487 km
Diverse Fahrzeuge	760.190 km
Zusammen	1.288.500 km

Behördliche Aufgaben

Im Referat behördliche Aufgaben wurden u. a. 367 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr durchgeführt. Weiters wurden ca. 1.500 MA 4-Erhebungen für Kanalanschlüsse, sowie 3.474 Kartebearbeitungen bei Befunden und 1.866 Schreiben an die MA 4 verfasst.

Pumpwerke und Kläranlage

In den Abwasserhebwerken wurden insgesamt 70.595.425 m³ gefördert. In der Kläranlage Blumental wurden 19.743.964 m³ Abwasser gereinigt. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 326 mg/l BSB₅, die im geklärten Ablauf 15,0 mg/l BSB₅. Der gesamte Energieverbrauch für die Versorgung aller Anlagen der MA 30, sowie bei Revisionen auch für die Hauptkläranlage-Wien, beträgt ca. 8,84 Mio. kWh.

Chemielabor

Im Jahr 2001 wurden vom Referat Chemie 3.403 Abwasserproben gezogen, sowie an 235 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmessgeräten durchgeführt. 369 Proben entsprechen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 2001 1.193, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter 3.412. Es sind zurzeit ca. 4.600 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfasst.

Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 167 gewerberechtlichen Verhandlungen teil.

Kanal TV-Untersuchung

Es wurden ca. 143 km nicht begehbare Kanäle mit den TV-Inspektionsfahrzeugen überprüft.

Führungen

In der Friedrichstraße wurde die Live-Show „Die Rückkehr des dritten Mannes“ von 15.099 Personen besucht. Weiters besuchten 14.804 Personen diverse Veranstaltungen bzw. Ausstellungsstände der MA 30.

Wasserwerke (MA 31)

Wasserwirtschaft

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 146.761.134 m³ Wasser aufgebracht und davon 143.868.126 m³ Wasser in das Wiener Rohrnetz eingeleitet. Die Gesamtaufbringung sank gegenüber dem Vorjahr um 6.247.827 m³, das sind 4,08 %. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 394.368 m³. Das Tagesmaximum wurde am 10. Juli 2001 mit 510.780 m³ erreicht und das Tagesminimum am 25. Dezember 2001 mit 311.010 m³.

Wasseraufbringung

Außerhalb von Wien

I. Hochquellenwasserleitung inkl. Grundwasserwerke und Quellgebiet

Die Instandsetzung des Aquädukts Mödling wurde durch die Erneuerung des Vorschalmauerwerks bei einem Bogen und einem Pfeiler fortgesetzt. Im Grundwasserwerk Wöllersdorf wurde durch einen neuen Anschluss an die Hochquellenwasserleitung und diverse Umbauten die Ortsversorgung auf die Hochquellenleitung umgestellt, und so die Möglichkeit geschaffen, den Brunnen 3 ständig für eine Einleitung in die Hochquellenleitung zur Verfügung zu haben.

Die Erprobung des Waschwagens für den Leitungskanal wurde abgeschlossen, und der Waschwagen in Betrieb genommen. Für die Ortswasserleitung Kaiserbrunn wurde die Zuleitung zum Behälter verlegt. Das Dienstgebäude in Kaiserbrunn wurde an die Kläranlage angeschlossen. Im Gasthof Kaiserbrunn erfolgte die Neuinstallation der Brandmeldeanlage. Für die Generalsanierung des Wetterin- und Lärchsteinstollens wurde ein Detailprojekt erarbeitet.

II. Hochquellenwasserleitung mit Quellgebiet

In den bodenmechanisch und geologisch problematischen Bereichen wurden zur Sicherung der Standicherheit der Leitung intensive Instandhaltungsmaßnahmen an den Drainageanlagen und auch Neuverlegungen durchgeführt. In diesem Zusammenhang erfolgt eine intensive Bauwerksüberwachung mit modernsten Technologien.

Ein Aquädukt wurde mit der neuen Technologie „Tro-lining“ innen abgedichtet und mehrere Abdeckungen von außen saniert. Im Rahmen der Erweiterung des Objektschutzes wurden weitere einbruchshemmende Maßnahmen gesetzt sowie entsprechende Fernmeldeeinrichtungen und viele sicherheitstechnische Einrichtungen geschaffen. Im Quellengebiet, im Abschnitt Brunngraben, wurde eine Fernübertragung der Wasserstandsmessung vom Zugang 1 in die Subzentrale installiert. Im Abschnitt Weichselboden wurde bei der Pirknerquelle ein Hochwasserschutzdamm errichtet. Teilstrecken des Tagwassergerinnes der Höllbachquellen wurden saniert. Die Wasserkammer C wurde einer weit gehenden Sanierung unterzogen. Die Pumpstationen der Wasserkammer C und der Pirknerquelle wurden automatisiert. Im Abschnitt Wildalpen wurde die Wasserkammer F einer Fassadensanierung unterzogen. Im Bereich der Wasserkammer E wurde das Tagwassergerinne saniert.

Wientalwasserwerk und Wientalstaudamm

Die Planungsarbeiten für die Anpassung der Trinkwasseraufbereitungsanlage an den Stand der Technik für die Verlängerung des Wasserrechtes wurden fertig gestellt. Die Planung zur Erhöhung des Dammes als integraler Bestandteil des Hochwasserschutzes für die Stadt Wien wurde in Zusammenar-

Wasseraufbringung im Jahr 2001 im Vergleich zu 2000:

Jahr	Wasseraufbringung Gesamt		I. und II. Hochquellenleitung		Wr. Grundwasserwerke		Wientalwasserwerk		Triestingtal u. Südbahngemeinden		Änderungen Behältervorrat	
	m ³	%	m ³	%	m ³	%	m ³	%	m ³	%	m ³	%
2000	153.008.961	100,00	143.116.331	93,53	6.110.710	3,99	2.771.800	1,81	36.700	0,02	973.420	0,64
2001	146.761.134	100,00	137.011.804	93,36	4.573.660	3,12	4.487.580	3,06	36.500	0,02	651.590	0,44

beit mit der MA 45 fortgesetzt. Eine Dienstvorschrift zur Überprüfung des Automatikbetriebes der Wehrklappensteuerung wurde ausgearbeitet. Standsicherheitsberechnungen für Damm und Wehrklappe wurden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft veranlasst (wasserrechtliche Überprüfung). Es erfolgte die Ausarbeitung einer Optimierung des Steuerungsprinzips der Wehrklappe, welches zur Genehmigung der obersten Wasserrechtsbehörde vorgelegt wird, sowie die positive Überprüfung der Stauanlagen durch die Niederösterreichische Talsperrenaufsicht. Die Generalsanierung der Chlorräumlichkeiten für die Desinfektion wurde abgeschlossen. Begonnen wurde mit der Generalsanierung des Filters 4 – Langsandsfilter sowie mit der Sanierung des Fäkalienkanals im Abschnitt B 44, Tullnerbach, Bereich Brentenmaisstraße.

Wasserwerk Moosbrunn

Die Pilotversuche für die Aufbereitung im Wasserwerk Moosbrunn wurden erfolgreich abgeschlossen. Das untersuchte Verfahren mit Ozon und Wasserstoffperoxid wurde für die weitere Planung herangezogen und das Einreichoperat erstellt. Mit Ende des Jahres wurde das Projekt wasserrechtlich eingereicht.

In Wien

Grundwasserwerk Donauinsel Nord

Die Wassergewinnung Donauinsel Nord (8 Horizontalfilterbrunnen) ist fertig gestellt und das Wasserschutzgebiet ist bewilligt. Die Kollaudierung ist noch nicht erfolgt, da im Rahmen der wasserrechtlichen Bewilligung auch die Grundsatzbewilligung für die Aufbereitungsanlage erfolgte. Die derzeit laufenden Pumpversuche dienen der Feststellung der jeweils aktuellen Kolmatierung und der Optimierung der Fördermengen für die einzelnen Brunnen.

Grundwasserwerk Nußdorf

Im Jahr 2001 wurde mit der Erstellung einer Betriebsordnung für das Grundwasserwerk Nußdorf begonnen und ein wasserrechtliches Kollaudierungsoperat erstellt. Die Wasserrechtsverhandlung wird 2002 erfolgen.

Zentrale Aufbereitung Kleehäufel

Die Planungsarbeiten wurden für die Einreichung bei der Behörde für die wasserrechtliche Bewilligung durchgeführt. Im Zuge der Planung des Betriebsgebäudes wurde das Raumprogramm für die Betriebsräumlichkeiten und für das neue Betriebslabor be-

Wasserabgabe im Jahr 2001 im Vergleich zu 2000:

Jahr	Wasserabgabe Gesamt		auswärtige Abnehmer		Wiener Rohrnetz		Überfälle und Ableitungen	
	m ³	%	m ³	%	m ³	%	m ³	%
2000	153.008.961	100,00	2.510.465	1,64	148.974.186	97,36	1.524.310	1,00
2001	146.761.134	100,00	2.774.213	1,89	143.868.126	98,03	118.794	0,08

willigt. Mit Ende des Jahres wurde das Projekt wasserrechtlich eingereicht.

Wasserverteilungsanlagen

Behälter

Der **Behälter Michaelerberg** mit einem Nutzinhalt von 4.000 m³ wurde im Jahr 2001 errichtet. Für das Jahr 2002 fallen Restarbeiten, wie die Aufforstung und die Pflanzung des Traufschutzes, die Begrünung der Behälterdecke und der Böschungen an. Weiters sind die Behördenverfahren abzuschließen.

Im Jahr 2001 erfolgte die **Außensanierung des Behälters Breitensee** durch Abdichtung der Behälterdecke. Im Herbst 2001 wurde mit der Innensanierung mittels gezielter Erneuerung des Putzes in den Wasserkammern, Errichtung von Drucktüren und Innensanierung der Schieberkammer begonnen. Die Innensanierung wird im Jahr 2002 abgeschlossen.

Die **Planung zum Zubau des Behälters Steinbruch** wurde im Jahr 2001 abgeschlossen. Im Jahr 2002 werden die Behördenverfahren zum Neubau des Behälters Jubiläumswarte und zum Zubau des Behälters Steinbruch eingeleitet.

Im Jahr 2000 und 2001 wurden umfassende **Untersuchungen am Behälter Schafberg** durchgeführt. Die Sanierung des Behälters, dessen Zustand im Hinblick auf Schadstellen im Schleifputz der Wasserkammern wesentlich schlechter ist als der des Behälters Breitensee, wird im Jahr 2002 begonnen.

Am **Hebewerk Steinhof** erfolgte eine **Generalsanierung**. Neben den baulichen Instandsetzungen wurden die Pumpenaggregate und deren Verrohrung erneuert. Die komplette elektrische Ausrüstung wurde auf den neuesten Stand der Technik gebracht und somit dem Standard der MA 31 angepasst.

Rohrnetz

Im Zuge der **Sanierung** des Rohrnetzes wurde die 2.

Hauptleitung im Bereich Björnsongasse/Bergheidengasse mittels Zementmörtelauskleidung saniert. Insgesamt betrug die Länge ca. 920 m.

Die **Transportleitung** DN 1100 zwischen Behälter Rosenhügel und Behälter Schmelz wurde im Bereich Auer-Welsbach-Park mittels Zementmörtelauskleidung über eine Gesamtlänge von ca. 440 m saniert.

Die **Leitungsquerung des Wientales** mittels in einer Vorpresseung verlegter Rohrleitungen auf Höhe Schönbrunner Brücke wurde 2001 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Für die endgültige neue Verbindung des Behälters Rosenhügel mit dem Behälter Schmelz ist die Realisierung der Westbahnquerung erforderlich. Die Planung liegt bereits vor und die Behördenverfahren wurden in die Wege geleitet.

Die **Entleerungsleitung des Behälters Rosenhügel** wurde im Jahre 2001 neu errichtet. Dies erfolgte mittels einer Rohrvorpresseung DN 1700 in ca. 5 – 7 m Tiefe unter Geländeoberkante. Die Gesamtlänge der Rohrvorpresseung beträgt 580 m.

Laufende Erhaltung und Erweiterung des Rohrnetzes, Servicedienste

Im Jahr 2001 wurden 25.864 km Rohrleitungen ausgewechselt und 6,03 km Rohrleitungen neu verlegt. Dabei verlängerte sich das Versorgungsnetz um 9.149 km auf einen Stand von 3.261 km am 31. Dezember 2001.

Wesentliche Projekte bei den **Rohrauswechslungen** standen meist in Zusammenhang mit dem Straßenbau oder U-Bahn-Bau, waren aber auch in einigen Fällen durch spektakuläre Rohrgebrehen ausgelöst. Als Beispiel für wesentliche Leitungsauswechslungen sind die Arbeiten in der Altmannsdorferstraße, der Josefstädterstraße, der Inzersdorferstraße und in Neustift am Walde zu nennen.

Neurohrlegungen wurden zur Sicherung der Wasserversorgung und zur Ermöglichung der Herstellung von Wasseranschlüssen durchgeführt. Größere Projekte in diesem Bereich war die äußere Aufschließung der Siedlung Augustinerwald im 14. Bezirk in Form eines 2,3 km langen Pumprohrstranges ausgehend vom ebenfalls neu errichteten Pumpwerk im Behälter Buchberg bis zum Übergabeschacht am Beginn der Siedlung. Weitere Bauvorhaben eher lokaler Natur waren die Neurohrlegungen in 16., Steinmüllergasse sowie in 22., In der Bien und Biberhaufenweg.

In einem hoch gelegenen Gebiet im 13. Bezirk wurde durch Bau einer Drucksteigerungsanlage mit gleichzeitiger Innensanierung der bestehenden Leitung die Versorgungssituation deutlich verbessert.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden diverse Arbeiten im Rahmen der Rohrauswechslungen bzw. Neulegungen in aufgrabungsarmen Rohrverlegetechniken durchgeführt. Dazu zählen die Bauvorhaben Simmeringer Hauptstraße, Alberner Haufenstraße und Neustift am Walde.

Bei der Erneuerung der Hausanschlussleitungen wurde weiterhin das Hauptaugenmerk auf den Austausch von Bleileitungen gerichtet. **Die EU-Richtlinie über Wasser für den menschlichen Gebrauch wurde in nationales Recht übergeführt** (Trinkwasserverordnung TWV vom 21. August 2001) und somit gelten die Fristen für die **Reduktion der zulässigen Bleiwerte in Trinkwasser** mit 25 mg/l (ab Dezember 2003) bzw. 10 mg/l (ab Dezember 2013). Zusätzlich wurden 618 Stück neue Anschlussleitungen hergestellt, wodurch sich ein Zuwachs an Anschlussleitungslänge von 4.823 m ergeben hat.

Im abgelaufenen Jahr wurden insgesamt 1.095 **Gebrehen behoben**, davon 344 Rohrgebrehen, 751 Armaturengebrehen, davon 200 Gebrehen an Feuerhydranten. An Anschlussleitungen sind einschließlich der genannten 1.064 Auswechslungen insgesamt 2.708 Arbeiten durchgeführt worden.

Der Bereitschaftsdienst, der rund um die Uhr, an allen Tagen des Jahres für Probleme im Rohrnetz und den Anschlussleitungen zur Verfügung steht, verzeichnete insgesamt 1.906 Einsätze.

Die **Servicestelle für Verbrauchsanlagen** bearbeitete Anfragen bzw. Stellungnahmen für Gerichte, Schlichtungsstellen und auch Private und führte im Zuge dieser Bearbeitung 1.702 Erhebungen und Überprüfungen an Wasserleitungsanlagen durch.

Die im Vorjahr begonnene Umstrukturierung von Anschlussleitungen und Rohrnetz wurde mit Erfolg durchgeführt.

Es wurden Versuche durchgeführt, um zu prüfen inwieweit mit einer einzölligen Zuleitung eine problemlose Versorgung von typischen Einfamilienhäusern möglich ist. Dabei stellen sich die zusätzlichen Druckverluste gegenüber der bisher üblichen 6/4" Leitung als unerheblich heraus, andererseits ist eine bessere Druckströmung gegeben, dadurch auch niedrigere Wassertemperaturen. Auf Grund dieser Ergebnisse wurde beschlossen, für Ein- und Zweifamilienhäuser üblichen Standards einzöllige Anschlussleitungen zu installieren.

Die **Anschlussleitungsdatenbank**, eine wesentliche Grundlage für das Netzinformationssystem, aber auch für das Programm zum Austausch von Bleileitungen bis zum Jahr 2008, wurde bis auf wenige noch notwendige Ergänzungen fertig gestellt. Die Notwendigkeit zum forcierten Austausch von Anschlussleitungen aus Blei ist durch nationale Umsetzung der Trinkwasserrichtlinien der EU evident geworden.

Im Jahr 2001 wurden im Rahmen einer Präsentation erste Rohrnetzpläne 1:2000 und entsprechende Formate 1:500, die auf Basis des NIS erarbeitet wurden, vorgestellt.

Wasserzählerverwaltung und -werkstätte

In der Wasserzählerverwaltung werden sämtliche Arbeiten durchgeführt, die für die Beschaffung und den Austausch der im Eigentum der Stadt Wien befindlichen amtlichen Wasserzähler notwendig sind.

Über diese werden die Einnahmen der Stadt Wien aus Wasser- und Abwassergebühren abgerechnet. In der betriebseigenen Wasserzählerwerkstätte werden diese präzisen Messgeräte zerlegt, gereinigt, repariert und beglaubigt. Im Berichtsjahr wurden 20.736 Wasserzähler vorwiegend im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes (Langlaufdienst) ausgewechselt, in der betriebseigenen Werkstätte insgesamt 21.142 Wasserzähler repariert und zur Beglaubigung gebracht.

Rohrlager

Im betriebseigenen Rohrlager wurden die im Bereich der MA 31 benötigten Rohrmaterialien beschafft, gelagert und ausgegeben. Im Berichtsjahr wurden für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt Wien im Rohrlager 2.420 Artikel im Wert von rund EUR 4,43 Mio. zur Verfügung gestellt.

Qualitätssicherung, Güteüberwachung und Karstforschung

Projekt „violette Zone“

Zur Optimierung der Wasserverteilung (Verminderung von Stagnationsbereichen), besserer Behälterbewirtschaftung, einer Gebrechensfrüherkennung und zur Vermeidung von Fließumkehrbereichen wurde ein Projekt ausgearbeitet.

Qualitatives Netzwerkmonitoring

Die im Jahr 2000 begonnenen Untersuchungen zur Verbesserung unserer Produktqualität im Hinblick auf Verkeimungsneigung des Wassers wurden im Jahre 2001 abgeschlossen. Die detaillierte Auswertung ist noch ausständig.

Karstforschung

Die hydrogeologischen Untersuchungen im Bereich Hochschwab sollen – abhängig von noch ausstehenden Zahlungen des Bundes - im Jahr 2002 abgeschlossen werden.

Das Projekt „Geologische Karte Hochschwab“ wird Ende Mai 2002 abgeschlossen.

Das im Rahmen einer Dissertation am Institut für Waldbau (BOKU) durchgeführte Projekt „Auswirkungen von Waldbewirtschaftungsmethoden und Bewuchs auf den Wasserhaushalt“ wurde im Oktober 2001 abgeschlossen.

Das Projekt „Vegetationsszenarien in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien“ wurde plangemäß weitergeführt und wird Ende 2002 abgeschlossen.

Rechtsgeschäfte

Gesetze und Legistik

Auf Grund von Änderungen bestehender Gesetze bzw. neuer gesetzlicher Regelungen waren deren Auswirkungen auf den Bereich der MA 31 zu berücksichtigen.

Mit LGBL. Nr. 117 wurde eine weitere Novelle zum Wasserversorgungsgesetz betreffend den Schutz der Wiener Wasserversorgung kundgemacht. Diese Novelle stellt einerseits die städtische Wasserversorgung gegen eine „Verringerung“ unter Verfassungsschutz, andererseits sieht sie für die Veräußerung von Liegenschaften oder Anlagen der Wiener Wasserversorgung eine qualifizierte Mehrheit bei Genehmigungen durch den Gemeinderat vor.

Mit BGBl. II Nr. 304/01 wurde die bestehende Trinkwasserverordnung durch eine neue Verordnung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch ersetzt.

Im Begutachtungsverfahren zu diversen Gesetzes- und Verordnungsvorlagen waren u. a. zur AVG-Verwaltungsreform 2001 und zur Harmonisierung von Bautechnikvorschriften Stellungnahmen abzugeben.

Privatrechtliche Angelegenheiten

Für Projekte zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken bzw. waren Erledigungen gegenüber Behörden wahrzunehmen.

Die bedeutendsten Projekte sind die Bestätigung der Wasserrechte für die III. Wiener Wasserleitung durch den Verwaltungsgerichtshof, die Erlassung eines Schutzgebietes für das Grundwasserwerk Donauinsel Nord, die Bewilligung für die Aufschließung der Siedlung Augustinerwald, die Vorerhebungen für die Erweiterung des Behälters Steinbruch, sowie der weitere Denkmalschutz von Objekten der Wiener Wasserversorgung.

Allgemeine rechtliche Agenden

Im Zuge der Betriebsführung und Verwaltung der Anlagen und Liegenschaften der Wiener Wasserversorgung sind neben der Bearbeitung von fremden Projekten, Schadensfällen, Haftrückläsen, Mitgliedschaften, Versicherungsverträgen usw. laufend Abschlüsse oder Änderungen von Verträgen unterschiedlicher Rechtsverhältnisse zu bearbeiten.

Die Vollziehung der Euroumstellung nach den ergangenen gesetzlichen Regelungen war von besonderer Bedeutung.

Auf Grund des massiven Ausbaues des Frühwarn- und Sicherheitssystems für die Wasserversorgung Wiens wurden mit über 50 Grundeigentümern außerhalb Wiens Verträge für die Errichtung der erforderlichen technischen Anlagen abgeschlossen.

Die Durchführung von Grundbuchsagenden für Geschäftsfälle der MA 31 im eigenen Wirkungsbereich war durch die Änderung der Geschäftseinteilung zu administrieren.

Zur Verbesserung des Quellschutzes der I. Wiener Hochquellenleitung wurde von der MA 31 als Proponent die Abwassergenossenschaft Hochschneeberg gegründet. Die Satzungen dieser Genossenschaft nach dem Wasserrechtsgesetz sehen eine Be-

teilung der Objekte am Schneeberg, der Zahnradbahn und der Stadt Wien zur gefahrlosen Beseitigung der am Hochschneeberg anfallenden Abwässer vor.

Auf Grund der Änderung bzw. Neufassung der Haushaltsordnung für den Magistrat der Stadt Wien sowie der Dienstanweisung über die interne Kosten- und Leistungsverrechnung war mit der für die MA 31 zuständigen Buchhaltungsabteilung hinsichtlich der Einbringung fälliger offener Forderungen sowie über die Kosten der Leistungen der Buchhaltungsabteilung eine Vereinbarung auszuarbeiten.

Internationale Aktivitäten

EUREAU

Die MA 31 entsendet einen Delegierten in die Kommission 1 des europäischen Verbands der Wasserversorgungsverbände (EUREAU), um österreichische Interessen bei der europäischen Gesetzgebung zu vertreten.

IOA – International Ozone Association

Die IOA ist die Vereinigung verschiedener Wasser- und Entsorgungsunternehmen sowie von Firmen, die Ozonanlagen herstellen oder planen, um technischen, wissenschaftlichen und betrieblichen Erfahrungsaustausch zu pflegen. Ein Mitarbeiter der MA 31 ist als Delegierter entsandt, um die österreichischen Interessen zu vertreten.

DVGW

Die Wiener Wasserwerke arbeiten für den Bereich Wasserverteilung in der Deutschen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (DVGW) mit. Damit ist die laufende Einflussnahme mit Mitarbeit an Richtlinien nach dem neuesten Stand der Technik möglich. In den Gremien der DVGW ergibt sich auch die Kontaktnahme mit Wasserversorgungsunternehmen gleicher Größe, was in Österreich naturgemäß nicht möglich ist.

Stadttechnologien

In Zusammenarbeit mit der Baudirektion und der Österreichischen Wirtschaft wird u. a. in Symposien in Städten der CEE-Staaten der hohe Standard der Wiener Umweltechnologien dargestellt. Im Jahr 2001 fanden Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Polen und Tschechien statt.

EU-Projekte

Das Interreg III B-Projekt zum Wiederaufbau in Serbien nach dem Krieg wurde im Dezember des Jahres 2001 begonnen.

Das Projekt „Management sensibler Wassernutzungen auf Basis innovativer Sensortechnik“ im Rahmen des LIFE-Programms läuft plangemäß und lässt Vorteile im Hinblick auf eine noch sicherere und raschere Früherkennung der Wasserqualität erwarten.

Das im Rahmen des Interreg II C-Programms im Jahre 1997 gestartete Projekt „KATER – Karst Water Research Program“ wurde Ende September 2001 plangemäß beendet.

Das im gleichen Programm laufende Projekt „UTN – Urban Technology Network“ wurde ebenfalls im September 2001 plangemäß beendet.

Das TACIS-Projekt „CUTSCO – Creation of an Urban Technology Service Center in Odessa“ läuft noch bis Ende Juni 2002. Dieses Projekt soll die Stadtentwicklung und Stadterweiterung insbesondere unter Berücksichtigung der technischen Infrastruktur in Odessa unterstützen.

IWA – International Water Association

Die IWA ist der Weltverband der Wasserversorgungsunternehmen, der dem technischen, wissenschaftlichen und betrieblichen Erfahrungsaustausch dient. Mitarbeiter der MA 31 – Wasserwerke sind als Delegierte entsandt, um die österreichischen Interessen in der IWA zu vertreten. Die IWA besteht seit 1999 aus dem Zusammenschluss der früheren Weltverbände IWSA und IAWQ welche die Fachbereiche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung abdecken. Im Berichtsjahr wurden die Vorarbeiten zur Gründung des neuen IWA-Nationalkomitees abgeschlossen. Damit sind die organisatorischen Bedingungen zur Weiterarbeit im neuen Weltverband erfüllt.

IAWD – Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Donaeinzugsbereich

Die MA 31 ist Sitz der Geschäftsführung der IAWD. Die Aktivitäten der IAWD, wie Messprogramme und deren Auswertung, Mitarbeit im Donauaktionsplan der EU-Projekte, sind im Jahresbericht der IAWD nachzulesen.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Weltwassertag am 22. März ist alljährlich Anlass für zahlreiche Aktionen der Wiener Wasserwerke. Zusätzlich zu den Angeboten im Wiener IMAX Kino und im Schönbrunner Tiergarten wurde im Jahr 2001 erstmals der **Neptun Wasserpreis** verliehen. Bei diesem österreichweiten Bewerb wurden Geldpreise in den Kategorien WasserSCHUTZ, WasserTECHNIK, WasserKREATIV und WasserBILD vergeben. Die bundesweiten Bewerbe wurden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) durchgeführt. Die Prämierung in der Kategorie WasserBILD wurde von jedem Bundesland selbständig organisiert. Die Preisverleihung für die Stadt Wien fand in der Alten Schieberkammer statt.

Beim Donauinsselfest waren die Wiener Wasserwerke durch einen Infostand auf der Sicherheitsinsel vertreten, als Ergänzung zur üblichen Präsentation der Betriebsleitung Wildalpen (MA 31/MA 49) hinter der Hauptbühne.

Im Oktober 2001 nahm SR Dipl.-Ing. Hans Sailer den

IWA-Award – eine Auszeichnung für die weltweit beste Werbekampagne zum Thema Wasser— in Berlin entgegen. Der Preis wurde für die Quellschutzkampagne–„Wald-Wasser“, die den Schutz des Trinkwassers zum Inhalt hatte, verliehen.

Im Dezember 2001 wurde, auf Initiative von Stadträtin Dipl.-Ing. Isabella Kossina, die Wiener Wassercharta – die den Schutz des Wiener Trinkwassers in den Vordergrund stellt – veröffentlicht.

Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen (MA 36)

Mit 1. Jänner 2001 wurden die für das **Veranstaltungswesen** rechtlich und technisch zuständigen **Dezernate K und V** der aufgelassenen MA 35 in die **MA 36 eingegliedert**, sodass die Hauptaufgaben der Abteilung nunmehr von 5 Dezernaten wahrgenommen werden.

Dezernat A

In das Dezernat A wurde mit 1. Jänner 2001 auch die für **Tankstellen** und -anlagen **zuständige Sachverständigengruppe** der ehemaligen MA 35-A integriert. Dadurch sind die gewerbetechnischen Sachverständigen als primäre AnsprechpartnerInnen der Gewerbebehörden nunmehr innerhalb einer Abteilung zusammengefasst und somit lag in dieser Tätigkeit weiterhin der Aufgabenschwerpunkt dieses Dezernats. Daneben wurden technische Sachverständige für baubehördliche, sanitätsrechtliche, bäderrechtliche, chemikalienrechtliche und abfallrechtliche Belange gestellt. Insgesamt wurden 24.462 Akten erledigt verzeichnet.

Hinsichtlich der **gewerbetechnischen Angelegenheiten** waren 2.170 Ortsaugenscheinsverhandlungen in erstinstanzlichen Verfahren sowie 14 Kommissionen in Berufungsverfahren zu beschicken. Es wurden 20 Berufungsgutachten für die MA 63 erstellt und 10.263 Anfragen der Gewerbebehörden betreffend der Genehmigungspflicht von Betriebsanlagen bzw. deren Änderungen, Einhaltung der Auflagen, Behebung festgestellter Mängel und dergleichen behandelt.

Über gewerbliche Betriebsanlagen wurden 1.497 Beschwerden erledigt. Bei der Erledigung von Lärmbeschwerden sind 92 meist nächtliche Lärmessungen – größtenteils unter Beiziehung der medizinischen Sachverständigen – durchgeführt und in 19 Fällen Messungen im Zuge von Ortsaugenscheinsverhandlungen vorgenommen worden.

An 205 Projektsprechtagen, die einmal monatlich pro Bezirksamt stattfinden und UnternehmerInnen die für Betriebsgründungen, Genehmigungen von Betriebsanlagen und geplante Änderungen notwendigen Informationen zu gewerberechtlichen und -technischen, baubehördlichen und arbeitnehmerInnenschutzrechtlichen Fragen anbieten, wurde teilgenommen.

Zusätzlich wurden 563 Projekte, betreffend gewerbliche Betriebsanlagen bzw. Lüftungsanlagen, vor allem von Garagen vorbesprochen oder die Einreich-

unterlagen vorbegutachtet. Dies zeigt, dass die angebotene Beratungstätigkeit von den ProjektwerberInnen weiterhin sehr gut angenommen wird.

Auf kommissionellem Wege wurden 453 Betriebsanlagen überprüft. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Betriebe aus den Revisionslisten der magistratischen Bezirksämter. Weiters wurden 507 Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser schwerpunktmäßig auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, der Fluchtmöglichkeiten (vor allem über Notausgänge), der Sicherheitsbeleuchtung und der Handfeuerlöcher unangesagt kontrolliert. Zwischen Weihnachten und Neujahr wurden 128 Betriebsanlagen für das Lagern und für den Verkauf pyrotechnischer Artikel (Feuerwerkskörper) schwerpunktmäßig überprüft.

Erstmals wurden auch **Inspektionen nach der „Seveso-II-Richtlinie“** der EU durchgeführt, wonach Betriebe, die von der höheren Mengenschwelle an gefährlichen Stoffen erfasst werden und somit dem § 84a Abs. 2 Z 2 Gewerbeordnung (GewO) 2000 unterliegen, längstens alle 12 Monate zu überprüfen sind. In diesem Zusammenhang wurden 4 Anlagen inspiziert.

Zu Gesetzesentwürfen wurden 23 Begutachtungen durchgeführt. In **landesgesetzlichen Bauverfahren** wurde zu 508 Verhandlungen eingeladen und zu 414 Anfragen Stellung genommen. In **sanitätsrechtlichen Verfahren** gab es 297 Verhandlungen, wobei die Änderungen von Errichtungsbewilligungen sowie die Betriebsbewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses weiterhin im Vordergrund standen.

Hinsichtlich der **technischen Bäderangelegenheiten** entfielen 199 Erledigungen auf Kommissionen und 155 auf Einzelüberprüfungen, vor allem von Saunaanlagen in Wohnhäusern.

In **Vollziehung des Chemikaliengesetzes** wurden 73 Nachschauten durchgeführt. Hierbei stand die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen im Mittelpunkt. Parallel dazu wurde auch die Einhaltung diverser Stoffverbotsverordnungen überprüft. In diesem Zuge wurde festgestellt, dass der Handel mit vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen faktisch vollständig eingestellt worden ist. Nach wie vor – gesetzeskonform – verwendet werden diese Stoffe in Kälteanlagen. Nicht mehr erlaubt hingegen ist ihre Verwendung zur Wartung und Instandhaltung von Kälteanlagen.

Aus diesem Grunde wurden in einem Bürogebäude einer Krankenkasse ca. 1,5 Tonnen R 11, welche zur Befüllung der dortigen Kälteanlagen bestimmt waren, vorläufig beschlagnahmt. In der Zwischenzeit ist dieses Kältemittel ordnungsgemäß entsorgt worden.

Die Gebarung mit Giften wurde im Zuge von Anfragen der magistratischen Bezirksämter zu Anträgen bezüglich Giftbezugsbewilligungen überprüft. 2001 wurden 62 derartige Anfragen behandelt.

Bezüglich der **abfallrechtlichen Bestimmungen** wurden im Zuge von Überprüfungen der Betriebsanlagen 77 stichprobenartige Überprüfungen hinsicht-

lich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitscheinen vorgenommen.

Für den ÖkoBusinessPlan Wien, der im Herbst 1998 gestartet und als Dachprogramm mit mehreren Modulen konzipiert wurde, mit dem Ziel, mehr Unternehmen auf Umweltkurs zu bringen, wurde ein Beiratsmitglied gestellt.

Im Hinblick auf das EU-Erweiterungsverfahren für Staaten des ehemaligen Ostblocks übernahm die Abteilung eine reizvolle, aber auch schwierige Aufgabe: Im Rahmen des **Twinning-Programms**, einem EU-weiten Austauschprogramm von nationalen Sachverständigen (ExpertInnen), welches eine Annäherung zwischen der Gesetzgebung beitragswilliger Länder und dem *Acquis Communautaire* in den Bereichen Abfall, Luft, Wasser, Chemikalien und industrielle Gefahren (unter Berücksichtigung der Seveso-II-Richtlinie) behandelt, wurde im September eine zweitägige Veranstaltung mit einer 16-köpfigen Delegation aus Ungarn, bestehend aus VertreterInnen von Behörden und der Industrie sowie aus Interessensvertretungen, durchgeführt. Neben dem Erfahrungsaustausch hinsichtlich rechtlicher Rahmenbedingungen und Diskussionen zur industriellen/gewerblichen Sicherheit in Bezug auf die Prävention und Vermeidung von Störfällen, wie z. B. Seveso 1976, stand auch die Betriebsbesichtigung einer Kunstharzfabrik in Wien-Breitenlee auf dem Programm. Dieser Betrieb war wegen seiner Geruchs- und Schadstoffemissionen und einzelner Störfälle des Öfteren Anstoß zum Ärgernis für die (un)mittelbare Nachbarschaft. Mittlerweile hat sich die Situation durch die Zusammenarbeit zwischen dem Betrieb und der Behörde sowie durch die Bereitschaft des Betriebes, in Umweltschutz und Anlagensicherheit zu investieren, entschärft. Der Wien-Besuch wurde von der ungarischen Delegation äußerst positiv bewertet.

Dezernat B

Das Dezernat B, zuständig für **sicherheitstechnische Belange von Elektro- und Gasanlagen** sowie Behörde in mittelbarer Bundesverwaltung nach dem Elektrotechnikgesetz und Landesbehörde für das Wiener Gasgesetz hatte im Jahr 2001 insgesamt 8.430 Geschäftsfälle zu bearbeiten. Der quantitativ größte Teil davon entfiel mit 4.120 Fällen auf die Anforderungen von Behörden zur Mitwirkung an deren Verfahren als Amtssachverständige sowie mit einer beträchtlich gestiegenen Anzahl von 1.207 auf gutachtliche Stellungnahmen. In Wahrnehmung der behördlichen Befugnis stieg die Anzahl der Anzeigen und Beschwerden auf 232 (in diesem Zusammenhang war es in 7 Fällen notwendig Strafanträge und in 12 Fällen Anträge auf Ersatzvornahme zu stellen); weiters wurden 12 Bewilligungsanträge behandelt. 345 Befunde wurden auf deren Schlüssigkeit kontrolliert bzw. geprüft. Auf Einhaltung der sicherheitstechnischen Vorschriften der Genehmigungsbescheide wurden 60 Flüssiggasanlagen überprüft.

Der Anstieg der Anzeigen, die nach dem Elektrotechnikgesetz zu behandeln waren, resultierte erwartungsgemäß – wenn auch nicht in dem prognostizierten Ausmaß – im Zusammenhang mit der seit Beginn des Jahres 2001 wirksam gewordenen **Aufkündigung der Verwendung der Hauswasseranschlüsse als Erder für elektrische Anlagen** in Wien. Ein Großteil der dabei von der Elektrobehörde wahrzunehmenden Anlassfälle ergaben sich aus Schwerpunktaktionen eines Problemhauskatalogs.

Zur Umsetzung der durch das **Gaswirtschaftsgesetz** für Erdgasunternehmen neu geschaffenen Möglichkeiten zur Inanspruchnahme vereinfachender Verfahrensabwicklungen für die Errichtung neuer bzw. Abänderung bestehender Anlagen wurden unter Beiziehung der Wiengas GmbH Rahmenbedingungen festgelegt, die gewährleisten sollen, dass dem Gedanken der Liberalisierung und Verwaltungsvereinfachung im Sinne des Gesetzes in Hinkunft möglichst effizient Rechnung getragen wird.

Im Zuge der Genehmigungs- und Feststellungsverfahren nach dem UVP-Gesetz 2000 wurden für das Projekt Kraftwerk Donaustadt Block 3 und Verlängerung der U-Bahnlinie U2 fach einschlägige Sachverständige beige stellt. Ebenso waren die Sachverständigen des Dezernates mit einschlägigen Belangen in laufenden eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren befasst.

Infolge der umfangreichen Neuregelungen am Gebiet der Normen und Richtlinien für Sicherheitsstromversorgungsanlagen und Sicherheitsstromaggregate wurde von PlanerInnen, ErrichterInnen und BetreiberInnen solcher Anlagen ein großer Informationsbedarf geäußert. Es wurden daher die grundlegenden Anforderungen in übersichtlicher Weise zusammengestellt, welche von diesen InteressentInnenkreisen als Informationsblätter der Stadt Wien von der MA-36 B bezogen werden können. Weiters wurden zu diesen Themen sowie auch auf Grund des großen Interesses bezüglich der zweckentsprechenden Gestaltung und Wartung von elektrischen Anlagen in Krankenanstalten diverse Vorträge gehalten.

Auf Grund des zeitlichen Aufwands und der fachlichen Anforderungen bei Projekten, an denen das Dezernat maßgeblich beteiligt war, sind insbesondere die Gasometer City mit dem Entertainmentcenter, die Twin Towers, das Museumsquartier, die Adaptierung bzw. Neugestaltung des Messegeländes, das Millennium Einkaufs- und Kinocenter, die Hochhäuser im Bereich der Donaucity, diverse Anlagen in den Gewerbeparks Kagran, Stadlau und Hirschstetten, sowie die Projektbesprechungen zur Modernisierung der Sicherheitsbeleuchtung in der Wiener Stadthalle zu nennen.

Auf Grund der ständig gestiegenen Anzahl von pratermäßigen Vergnügungsbetrieben mit hohen sicherheitstechnischen Anforderungen wurde den Forderungen insbesondere an die regelmäßige Überprüfung der elektrischen Sicherheitseinrichtungen durch fachkompetente Prüforgane verstärktes Augenmerk zugewandt.

Von den Normungsgremien, in denen das Dezernat die Interessen der Stadt Wien zu vertreten hat, ist insbesondere am Elektrosektor die intensive Mitarbeit am Abschluss der Neugestaltung der Grundsatznorm für Starkstromanlagen und Sicherheitsstromversorgung in baulichen Anlagen für Menschenansammlungen (ÖVE/ÖNORM E 8002) und am Gassektor der Abschluss der ÖVGW-Richtlinien über die Gasversorgungsanlagen zu erwähnen, die nunmehr komplett überarbeitet vorliegen.

Dezernat C

Im Dezernat C wurden im Jahr 2001 insgesamt 3.475 Akten erledigt der jährlich wiederkehrenden Aufgaben der **Behörden- und Sachverständigentätigkeit** in vollem Umfang durchgeführt.

Im Rahmen der **feuerpolizeilichen Agenden** auf Grund des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes wurden in Gebäuden, die im Brandfall besonders gefährdet sind oder in denen eine größere Anzahl von Personen gefährdet werden kann, wie in Kindertagesheimen, in Schulen, in Heimen für Behinderte, PensionistInnen und SchülerInnen, in Kultstätten, in Museen, in Hochhäusern sowie in Sondergebäuden insgesamt 611 **Objektüberprüfungen** und Kontrollen durchgeführt. Bei 56 Standorten wurden Projektbegutachtungen vorgenommen. Zu feuerpolizeilichen- und luftverunreinigenden **Übelständen** wurden 377 Anzeigen gemeldet und 61 Aufträge zur Beseitigung von brandgefährlichen Gegenständen und Stoffen erteilt.

Es wurden 176 **Überprüfungsorgane** bestellt. Das Gesamtverzeichnis dieser Personen wurde im Internet veröffentlicht und wird laufend aktualisiert.

Im Zuge der **Sachverständigentätigkeit** wurden zu 219 Kommissionen VertreterInnen in sanitätsrechtlichen Angelegenheiten, zu Bauverhandlungen sowie zur Arbeitsstättenevaluierung entsandt. Über Auftrag der Sanitätsbehörde wurden 44 Krankenanstalten überprüft.

Nach den Bestimmungen des Wiener **Baulärmgesetzes** wurden 18 Nachtarbeitsbewilligungen erteilt und 126 Baulärmbeschwerden behandelt. Die Aufgrabungsbewilligungen der MA 46 betreffend Nacharbeiten wurden per E-Mail übermittelt und sind im Fileservice der MA 36-C abgelegt, um bei Beschwerden Auskunft erteilen zu können.

Bezüglich der Ausübung der **Prostitution** wurden 18 Beschwerden bearbeitet.

Dezernat K

Im Rahmen der **Vollziehung des Wiener Veranstaltungsgesetzes** wurden Konzessionen für die Veranstaltungsarten Publikumstanz, Theater, Kabarett, Varieté, Zirkus, Tierschau, Unterhaltungs- und Münzgewinnspielapparate, Peep-Shows und Strip-teaseveranstaltungen erteilt (es erfolgten in Summe mehr als 800 Bewilligungserteilungen). Außerdem wurden nach den Bestimmungen des Wiener Kinogesetzes ca. 90 Bewilligungen für den Betrieb von Kinos und die öffentliche Aufführung von Filmen,

Videos und Stehbildern erteilt. Es wurden weiters Bewilligungen nach dem Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (insgesamt 100) und dem Wiener Tanzschulgesetz (1) erteilt.

Im Rahmen der Zuständigkeit zur Durchführung des **Zulassungsverfahrens zur Tanzlehrerprüfung und Theaterbeleuchterprüfung** konnten insgesamt 19 Verfahren positiv erledigt werden.

Es wurden insgesamt 2.203 Anmeldungen anmeldepflichtiger Veranstaltungen (z. B. Konzerte, Tanzunterhaltungen, Feste, Bälle, pratermäßige Volksvergügungen, Ausstellungen, Sportstätten) bearbeitet, davon 1.575 Einzel- und 628 Dauerveranstaltungen. Für verschiedene dem Veranstaltungsgesetz unterliegende Veranstaltungen wurde in 236 Fällen die Sperrzeit bescheidmäßig erstreckt.

Durch Bekanntgabe der e-mail-Adressen der MitarbeiterInnen des Dezernats an die KundInnen, wurde die Abwicklung des Schriftverkehrs per e-mail forciert. Dieses Angebot wird von den KundInnen in stetig steigendem Maße angenommen. Es werden auch vermehrt Anfragebeantwortungen und Mitteilungen etc. durch die Behörde an KundInnen per e-mail übermittelt. Vor allem auf Grund des in den meisten Fällen kurzen Zeitraums zwischen dem Bewilligungsansuchen und der behördlichen Erledigung erfolgten Bescheidzustellungen an KundInnen in verstärktem Maße per Telefax.

Die **Broschüre des Magistrats der Stadt Wien für VeranstalterInnen** und alle sonstigen interessierten Personen („Eventmanager“) wurde von der MA 36 überarbeitet und neu aufgelegt. Sie wird außer in der MA 36 auch in der Stadtinformation, in den Dienststellen des Bürgerdienstes und in den Bezirksvorstehungen für interessierte KundInnen bereitgehalten.

Dezernat V

Neben zahlreichen Bewilligungen von Einzelveranstaltungen wurden mehrere **Großprojekte genehmigt**. So wurde die „Bank Austria Halle“ im Gasometer B in Wien 11 mit einem Fassungsraum von ca. 4.000 Personen und das Museumsquartier mit dem Museum Moderner Kunst (ca. 1.000 Personen), der Kunsthalle Wien (ca. 800 Personen) und der Veranstaltungshalle (1.800 Personen) in Betrieb genommen.

Weiters wurden, nach Abschluss der teils schwierigen behördlichen Verfahren, das „Millennium Kinocenter“ (21 Säle); das „Gasometer Kinocenter“ (12 Säle) und das „Cinestar Kinocenter“ (10 Säle) am Wienerberg eröffnet. Durch die Errichtung des „Gloria Theaters“ in Wien 21 wurde die Wiener Theaterszene um eine Spielstätte bereichert. Die Verfahren zur Renovierung des „Kursalons“ im Stadtpark und zur Sanierung des Konzerthauses wurden abgeschlossen. Weiters wurde die Genehmigung der Veranstaltungstätte im „Campus Mautner Markhof“ in Wien 11, und der Theateraufführungen „Faust“ im „Kabelwerk“ in Wien 12 erteilt. Von den bereits zur Tradition

gewordenen Veranstaltungen am Rathausplatz seien der Wiener Eistraum, der Christkindlmarkt und das Filmfestival hervorgehoben. Im Übrigen fanden u. a. auch heuer wieder das Donauinsselfest, das Stadtfest, der Praterummel, der Silvesterpfad und das „Swatch Soul City Event“ auf der Kaiserwiese beim Prater statt. Überdies wurden diverse Fachmessen und Kongresse im Messegelände, in der Hofburg und im Rathaus genehmigt.

Auch heuer wurde vor Saisonbeginn die jährlich stattfindende **Revision aller Vergnügungsstätten des Volkspraters** durchgeführt. Unter den vielen Genehmigungen von pratermäßigen Volksvergnügungen ist die Bungee Jumping Anlage am Donauturm hervorzuheben.

Neben der behördlichen Tätigkeit wurden Überwachungen und Kontrollen von Veranstaltungen durchgeführt. So wurden neben dem Opernball und Life-Ball sämtliche großen Ballveranstaltungen u. a. im Rathaus, im Austria Center Vienna, in der Hofburg, im Musikvereinsgebäude und im Konzerthaus überwacht. Ferner wurden bei Behörden- und Generalproben in Theater- und Opernhäusern spezielle Effekte unter Vorschreibung von der Sicherheit dienender Auflagen genehmigt bzw. in einigen Fällen untersagt. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit war die Überprüfung von Dekorationen in Veranstaltungsstätten auf ihre Schwerentflammbarkeit sowie die Überprüfung von Veranstaltungsstätten auf ihren konsensgemäßen Zustand.

Stadtgartenamt (MA 42)

Aufgabe des Stadtgartenamts ist die **Lebensqualität in Wien** zu erhöhen. Oberstes Ziel ist die **Zufriedenheit** unserer KundInnen - der WienerInnen und Gäste unserer Stadt. Diese erwarten von uns StadtgärtnerInnen flexibles, bürgernahes, unbürokratisches Eingehen und kompetentes Umsetzen der Wünsche, sowie serviceorientiertes Denken und Handeln.

Die Definition unserer „Produkte“, sowie Mechanismen im Sinne des „New Public Management“ und Werkzeuge, wie der bereits unterzeichnete **„Kontrakt 2002“** unterstützen bei Planung, Herstellung und Pflege des öffentlichen Grüns, bzw. verbessern Qualität und Wirtschaftlichkeit unserer Leistungen.

Durch Controlling gewonnene Erhöhung der Kostentransparenz und durch Straffung von Strukturen und Organisationseinheiten soll die kundInnen- und produktorientierte Ausrichtung hinterfragt und ebenfalls verbessert werden.

Folgende Ereignisse im Bereich Unserer Gärten erscheinen rückblickend auf 2001 erwähnenswert, bzw. eröffnen Perspektiven für das Jahr 2002:

- **Kontrakt 2002:** Mit 2002 schließt das Stadtgartenamt, wie bereits andere Dienststellen, einen Kontrakt mit dem Magistratsdirektor, sowie mit Frau Umweltstadträtin. Das Jahr 2001 war geprägt von umfangreichen Vorbereitungsarbeiten dafür, vor allem im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion – Betriebswirtschaft und Controlling.
- **Baumschutzgesetz:** Eine Novellierung ist in Vor-

bereitung. Diesbezüglich wurde 2001 das ÖBIG mit einer europaweiten Studie beauftragt, um ähnliche Gesetze und Verordnungen, bzw. Erfahrungen anderer Städte zu analysieren.

- **Kastanienminiermotte:** Der Einsatz von Dimilin zur Bekämpfung der Miniermotte wurde 2001 deutlich reduziert. Das Sprühen wurde praktisch nur mehr in der Prater Hauptallee und gewissen „stadtbildrelevanten Plätzen“ durchgeführt. Mit der Reduktion des Dimilineinsatzes sollen natürliche GegenspielerInnen gefördert werden. Leider hat sich der Erfolg bisher nicht wie gewünscht eingestellt, so dass auch 2002 auf Dimilin nicht ganz verzichtet werden kann. Das Mittel darf nur mit Genehmigung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) eingesetzt werden.
- ein **„Spielplatz für Alle“** (auch für Behinderte) wurde im Kurpark Oberlaa eröffnet. Die Planung dieses „neuen Typus“ von Spielplätzen erfolgte gemeinsam mit einschlägigen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und fand in der Fachwelt und Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit.
- **Wien-Präsentationen** im In- und Ausland: Gemäß unserer stadtaußenpolitischen Leitlinien wurde unsere Stadt, im Sinn unseres (auch nach dem 11. September 2001) erfolgreichen Wien-Tourismus, national und international präsentiert (2001 in Genua, Cervia, Olmütz, Villach, Tulln). Auch für die kommenden Jahre liegen Einladungen bzw. Zusagen unserer Stadt vor, z. B. anlässlich der „Floriade 2002“ in Holland und der „IGA 2003“ in Rostock.
- **Qualitätsmanagement:** ein Begriff der in Zukunft auch das Stadtgartenamt bestimmen wird. Im Gartenbezirk 3 (f. d. 10. und 11. Bezirk) ist seit Mitte 2001 ein diesbezüglich beratender Fachmann tätig.
- **Österreichisches Gartenbaumuseum:** Unser Gartenbaumuseum im Kurpark Oberlaa wurde (zwecks Übersiedlung) im Oktober 2001 geschlossen. Neue Heimstätte (ab 2004) soll die frühere Kagraner Orangerie werden, die noch bis Ende Juni 2002 als Berufsschule für Gartenbau und Floristik dient.
- Der **Schulgarten Kagran** hat sich zu einem öffentlichkeitswirksamen „gärtnerischen Schmankerl“ entwickelt. Die günstige Verkehrslage (U1 Kagran), zahlreiche highlights/events und erfolgreiches PR-Management haben den Schulgarten besonders an „Tagen der offenen Gartentür“ (jeden 1. Donnerstag im Monat) zu einem „Publikumsmagnet“ werden lassen.
- **GärtnerInnenunterkünfte:** Auf Basis einer MA 19-Studie wurden Unterkünfte für 25 und 45 MitarbeiterInnen der Abteilung samt Garage und Lager entwickelt. Mit Ausnahme der sieben Gartenbezirkszentralen kann mit diesen Konzepten der Raumbedarf aller GärtnerInnenunterkünfte des Stadtgartenamtes abgedeckt werden. Das erste Raumprogramm wurde für unsere Außenstelle 21., Pastorstraße entwickelt (die Fertigstellung dieses Gebäudes erfolgte im Sommer 2001) und konnte mit geringen Änderungen auch für das neue Objekt 11., Bleriotgasse/Seeschlachtweg übernommen werden.
- **„Stadt-Wien“-Rosen:** Diese rotblühende Sorte hat sich zu einem Exportschlager entwickelt. Im

diplomatischen Weg wurden 2001 zahlreiche Rosenstöcke, u. a. zur Auspflanzung in den japanischen Kaisergarten nach Tokyo verschickt. Die Stadt-Wien-Rose wird von unseren Baumschulen veredelt und kultiviert.

- **Neues Florarium:** In den Reservegärten Hirschstetten wurde 2001 der erste Bauteil des Florariums fertig gestellt und eröffnet. Damit sollen die bisher für die Öffentlichkeit weitgehend geschlossenen Betriebe des Stadtgartenamts, im Rahmen von Schaugärten „parkähnlich“ geöffnet werden. Der zweite Florarium-Bauteil mit zahlreichen neuen Themengärten wird Mitte 2002 fertig gestellt.
- **Esterhazypark:** Die Umgestaltung dieser alten Mariahilfer Parkanlage wurde 1998 von BV Erich Achleitner eingeleitet. Ende 2001 konnte die Parkumgestaltung abgeschlossen werden.
- **Integration behinderter Jugendlicher:** Jugendliche, die aufgrund ihres Sonderschulabschlusses keine Lehre absolvieren können, sollen trotzdem in ein geregeltes Arbeitsverhältnis integriert werden: GärtnermeisterInnen des Stadtgartenamtes versuchen bei ständiger Betreuung diesen Jugendlichen gärtnerische Hilfs- und leichte Facharbeiten zu vermitteln: z. B. Unkraut jäten, Beet umstechen, Laub rechnen, Müll sammeln usw. Alle drei Monate wird die Arbeitsstelle innerhalb des Stadtgartenamtes gewechselt, um ein breites Spektrum zu erlernen. Nach zwei Jahren sollte die Integration in den normalen Arbeitsprozess der Parkanlagen und Gärtnereien des Stadtgartenamtes möglich sein.
- **Peace Garden:** Erstmals hat Wien die Nominierung der Internationalen Peace-Garden-Foundation angenommen und im Spätherbst 2001 Tulpen (Sorte „Ottawa“) am Friedrich-Schmidt-Platz gelegt. Das Peace-Garden-Tulpenbeet wird am 29. April 2002 von Frau Umweltstadträtin Dipl.-Ing. Isabella Kossina in voller rot/gelber Blüte feierlich eröffnet.
- **Personal:** 1998 wurde das Stadtgartenamt von Mummert & Partner durchleuchtet. Eines der Ergebnisse war die künftige Einsparung von 50 Dienstposten. Beginnend mit 2001 sollen in den kommenden sieben Jahren jeweils sieben Dienstposten durch natürlichen Abgang nicht nachbesetzt werden.

Wasserbau (MA 45)

Gruppe Altlasten

Von der Gruppe Altlasten wurden die Absicherungsmaßnahmen an der Altlast EBS-BP-TKV im 11. Wiener Gemeindebezirk fortgesetzt. Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt und im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) mehrere Ergänzende Untersuchungen gemäß Altlastensanierungsgesetz vorgenommen. Die Arbeiten zur EU-weiten Ausschreibung der Bauarbeiten hinsichtlich der Altlast in 23., Siebenhirten wurden abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Altlast in 11., Gaswerk Simmering wurde die EU-weite Ausschreibung der Planungsleistungen zur Sicherung



Pünktlich zu Sommerbeginn wurden das Florarium und das Rosarium im Reservegarten Hirschstetten eröffnet.

und Sanierung der Altlast gemeinsam mit Wiengas durchgeführt. Für die Altlasten Mobil-Breitenleerstraße und Tanklager Lobau wurden die Vorarbeiten zur EU-weiten Ausschreibung in Angriff genommen. Gemeinsam mit Wiengas wurde hinsichtlich der Altlast Gaswerk Leopoldau ein Variantenstudium zu dessen Sicherung bzw. Sanierung durchgeführt.

Neben diesen Projekten konnten im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Verdachtsflächen, Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlussbohrungen, Grundwasseranalysen etc., sowie Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen vorgenommen werden. Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Der GIS-gestützte Altlastenkataster wurde weiter vervollständigt.

Gruppe Amtssachverständige

Im Rahmen des Aufgabenbereichs der Gruppe Amtssachverständige wurde, nach der schriftlichen Vorbegutachtung von wasserbaulichen und schiffahrtstechnischen Ansuchen für die MA 58, an 223 wasserrechtlichen und 18 schiffahrtsrechtlichen Bewilligungsverfahren als Sachverständige teilgenommen, weiters an 138 gewerbe-, 97 baurechtlichen und sonstigen Verhandlungen als wasserbautechnische und gewässerschutztechnische Sachverständige. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 680 Ortsaugenscheine, Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt.

Im Zuge der **technischen Überprüfung von Wasserfahrzeugen** entsprechend dem Schifffahrtsgesetz wurden 274 Sportboote, 424 Mietboote, 22 Fahrzeuge der erwerbsmäßigen Schifffahrt und schwimmende Anlagen begutachtet. Bei 180 Schiffsführerprüfungen wurde die technische Prüfung abgenommen.

Gruppe Donauhochwasserschutz

Von der Gruppe Donauhochwasserschutz wurden am rechten Donauufer Arbeiten kleineren Umfangs,

wie z. B. die Errichtung von Stiegenanlagen, die Herstellung von Wassermesserschächten etc. durchgeführt. Weiters erfolgte die laufende Verbesserung der Infrastruktur, sowie die Erweiterung eines bestehenden Kinderspielplatzes. Im Bereich der Uferpromenade Nussdorf wurde zur besseren Erreichbarkeit der Schiffsanlegestellen mit Bussen, der bestehende Rad- und Fußweg umgebaut bzw. adaptiert.

Planungen bezogen sich auf die **Hochwasserschutzanlage im Bereich Alberner Hafen** bis Hagenauer Rückstaudamm sowie auf die Fertigstellung des Donauhochwasserschutzes im Raum Donaukanal-Albern. Mit den Bauarbeiten für einen öffentlichen Parkplatz im Bereich des Segelhafens Nord, der Herstellung eines Busumkehrplatzes auf der Donauinsel stromauf der Reichsbrücke und der endgültigen Platzausgestaltung im Bereich der Arena Kaiser-mühlen wurde begonnen. Projektierungsarbeiten bezogen sich auf die Planung des Hochwasserschutzes zwischen Hafen Lobau und Schönauer Schlitz und Planungen kleineren Umfangs im Bereich der Donauinsel bzw. der linken Dammverstärkung.

In der Neuen Donau wurden weiterhin regelmäßig Untersuchungen der Wassergüte und ökologische Untersuchungen durchgeführt. Die Generalinstandsetzung der elektrischen Anlagen des Wehrs 1 wurde fertig gestellt, die Betonsanierung des Brückentragwerks des Einlaufbauwerks weitergeführt. Die Datenleitung zwischen Einlaufbauwerk und Wehr 1 wurde erneuert.

Gruppe Gewässeraufsicht

Im Berichtszeitraum wurden von der Gruppe Gewässeraufsicht im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit zahlreiche Wasserbenutzungsanlagen überprüft. Schwerpunkte wurden in der Überprüfung von Anlagen im Tanklager Lobau, in den Anlagen entlang der Neuen Donau, den Daubelfischeranlagen an der Donau, sowie von landwirtschaftlichen Bewässerungsanlagen in den Bezirken 11., 21., 22. und 23. gesetzt. Überprüfungen fanden in gewerblichen Betriebsanlagen im Hinblick auf die Einhaltung gewässerschutzrelevanter Auflagen statt. Dabei erfolgten schwerpunktmäßig Überprüfungen im Bereich des Tanklagers Lobau, von Kfz-Betrieben im 10. Bezirk und von Schneeräum- und Hausbetriebsunternehmen. Die routinemäßige **Kontrolle der Grundwasserqualität** im Bereich von altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt. Einige neue Kontrollpegel wurden ausgebaut.

Gewässerbeschauten nach §135 WRG 1959 erfolgten schwerpunktmäßig am Liesingbach und am Petersbach. Weiters wurden die Donau und der Donaukanal, sowie die Trockengerinne an den Abhängen des Bisamberg überprüft. Dabei wurden die bestehenden Wasserrechte überprüft, vorhandene Fehleinleitungen und illegale Abwasserableitungen aufgezeigt, bzw. allfällig erforderliche Anpassungsmaßnahmen an den Stand der Technik eingeleitet.

An **Kläranlagen** wurden weiterhin Untersuchungen im Rahmen der behördlichen Fremdüberwachung durchgeführt. Zur Überwachung von Oberflächengewässern wurden die Probenentnahmen mit mo-

bilien Probenehmern durchgeführt. Zur Beobachtung von Grundwasserverunreinigungen wurden zahlreiche Proben mit mobilen Pumpen, sowie durch Schöpf- bzw. Hahnenentnahmen gezogen und im Labor der MA 45 untersucht. Mehrere großflächige Messnetze zur Überwachung der Grundwasserqualität auf diverse Schadstoffe - hauptsächlich chlorierte Kohlenwasserstoffe und Bor - wurden insbesondere im 9., 11., 21., 22. und 23. Bezirk im Hinblick auf die Ermittlung der Verursacherfrage und zur Überwachung des weiteren Transports der Schadstoffe weitergeführt. Besonderes mediales und politisches Interesse erweckte eine **Grundwasserkontamination durch Cyanidverbindungen**, die im Bereich einer **Altlast im 23. Bezirk** festgestellt worden war. Zur Abgrenzung und Feststellung des Handlungsbedarfs wurden zahlreiche Liegenschaften überprüft, ob eine Nutzwasserversorgung mit Grundwasser besteht, und bei Vorhandensein von Brunnen Proben gezogen. Die Wasserbenutzer wurden in einer Informationskampagne über mögliche Gefährdungen informiert. Schürfe und Bohrungen dienten zur Verifizierung der vermuteten Schadstoffquelle.

Mindestens einmal wöchentlich erfolgten Kontrollen von Nass- und Trockenbaggerungen zur Kiesgewinnung sowie der Abfalldeponien. Es mussten wieder mehrere Verstöße gegen die jeweiligen Bewilligungen festgestellt werden. Die Entfernung derartiger Ablagerungen wurde veranlasst, verwaltungsstrafrechtliche Schritte eingeleitet.

Im Berichtsjahr wurde die Gewässeraufsicht wieder bei mehreren Schadstoffaustritten tätig. Besonders erwähnenswert ist ein **Schadstoffaustritt im Bereich des Ölhafens Lobau**, da einerseits unterstromig des Schadensherdes das Grundwasserwerk Lobau liegt, andererseits die Realisierung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen nicht im Widerspruch zum Nationalpark stehen durften. Parallel zu den Sanierungsmaßnahmen wurde ein groß angelegtes Beweissicherungsprogramm in den unterstromigen Grundwassersonden durchgeführt. Weiters bleiben die Sperrbrunnen der MA 31 bis zum Abschluss der Sanierungsarbeiten in Betrieb.

Im Zuge von Baumaßnahmen bei Tankstellenumbauten und bei der Auflassung von Heizöl - Füllstellen wurden wieder Boden- und Grundwasserverunreinigungen bekannt und deren Sanierung durch Kontrollen der Gewässeraufsicht überwacht.

Gruppe Hydrologie

Von Seiten der Gruppe Hydrologie wurde die Modernisierung des hydrographischen Messnetzes fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit der MA 30, die ein meteorologisches und ein Pegelmessnetz für die Kanalsteuerung einrichtet, wurde mit der **Aufrüstung zahlreicher, derzeit noch nicht automatisierter meteorologischer Messstellen** der Gruppe Hydrologie sowie mit der Umsetzung bestehender automatisierter Messstellen auf den neuesten Stand der Technik begonnen. Betroffen davon sind 15 meteorologische und sechs Pegelmessstellen an der Liesing. Die im Messnetz unerlässlichen Instandhaltungsarbeiten konnten durchgeführt bzw. abgeschlossen werden.

Nach Vorliegen des Wasserrechtsbescheides wurde ab Juni die Dotation der Lobau aufgenommen. Der Versuch wurde bescheidgemäß Ende Oktober abgeschlossen. Das umfangreiche hydrologische, ökologische und qualitative Beweissicherungsprogramm wurde bescheidgemäß durchgeführt. Die hydrologisch-limnologische Studie über die Neue Donau und die Badewasserqualitätsuntersuchungen wurden fortgesetzt.

Gruppe Schutzwasserbau

Die Gruppe Schutzwasserbau führte im Zusammenhang mit der **Dotation Lobau** einen Versuch samt quantitativer und qualitativer Beweissicherung über die Direktleitung Neue Donau - Mühlwasser durch. Dieser ergab das **Erfordernis zur Verbesserung der Fließbedingungen** an Hochpunkten im Mühlwasser, Höhe Ostbahnbrücke und am Großenzersdorfer Arm, Höhe Uferhaus. Planungen zur Entwicklung eines ökologisch verträglichen Grundwasser-Managements, auch im Nationalparkteil Untere Lobau, wurden weitergeführt.

Im Zusammenhang mit der Schaffung des „**Neuen Wienflusses**“ wurde die Detail- und Ausschreibungsplanung der **Renaturierungsarbeiten des Wienflusses** für den Abschnitt zwischen der Mündung in den Donaukanal und der Stubenbrücke fertig gestellt. Die Erstellung eines Detailprojekts für den Wienfluss im Abschnitt Pilgrambrücke bis Donaukanal, einschließlich der Abstimmung mit dem Kanalprojekt (Wientalsammelentlastungskanal) der MA 30 wurde fortgeführt. Die Ausführungsarbeiten zur **Sanierung der rechten Wienflussmauer** zwischen Radetzky- und Stubenbrücke wurden fertig gestellt. Die Ausschreibungsplanungen für den Bereich Stadtpark, sowie für die Trennmauer zwischen Wienfluss und U-Bahnlinie U4, Bereich Naschmarkt bis Pilgrambrücke, wurden abgeschlossen. Der Umbau im Bereich der Auhof-Hochwasserrückhaltebecken wurde fertig gestellt. Diese Umbauarbeiten umfassen die Renaturierung des Wienflussgerinnes zwischen Wienfluss-Sperrwerk und Nikolaisteg, sowie den Einbau beweglicher Wehre für eine optimierte Steuerung des Hochwasserbetriebs. Nach Beendigung der Baumaßnahmen in den Retentionsbecken 6 und 7 wurden die Gerinne modelliert und die Wehranlagen eingebaut. Das ökologische Monitoring zur Evaluierung der Rückbaumaßnahmen in den Becken 2 - 5 des Wienflusses wurde abgeschlossen.

Am **Liesingbach**, im Bereich Blumental-Kledering wurden Detailprojekte zur Umgestaltung des Bachbetts, nach dem Einbau eines Abwasserentlastungskanals weitergeführt und das wasserrechtliche Verfahren weiterbetrieben. Die Bauarbeiten für Kanalerstellung und Bachbettumgestaltung wurden öffentlich ausgeschrieben. Das am Bischofplatz errichtete mobile **Infocenter** dient der Information der Bevölkerung in der Planungs- und Bauphase.

Zur **Sanierung der Alten Donau** wurden die bereits in den Vorjahren begonnenen Arbeiten und die wissenschaftlichen Begleitmaßnahmen abgeschlossen. Anhand von wissenschaftlichen Versuchen wurde die Basis geschaffen, die Gewässergüte durch so genannte Managementmaßnahmen, wie geänderten Fischbesatz, Unterwasservegetation, wieder zu ver-



Am Bischofplatz in Oberlaa wurde das Infocenter Liesingbach von Umweltstadträtin Dipl.-Ing. Isabella Kossina eröffnet.

bessern. Diese Managementmaßnahmen wurden weitergeführt. Die stark beschädigten Stiegenanlagen an der unteren Alten Donau wurden mittels Holz/Pfahlkonstruktionen überplattet und der Bevölkerung bereits im Sommer zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Auf Basis eines **Möbliierungskonzepts** für die Alte Donau wurden neue Bänke und Tische angekauft und aufgestellt. Der Versuch das Makrophytenwachstum durch Einblasen von Kohlendioxid zu beschleunigen wurde durchgeführt und abgeschlossen.

Die Planung „**Floridsdorfer Überleitung**“, Neue Donau-Wasserpark-Alte Donau, hinsichtlich Betriebsordnung, Datenübertragung und Beweissicherung wurde fertig gestellt. Der wasserwirtschaftliche Versuch zur **Sanierung des Wasserparks** durch Tauschaktionen mit Wasser aus der Neuen Donau wurde begonnen. Das Einreichprojekt „**Wasserspiegelabsenkung Alte Donau, Verbesserung des Makrophytenwachstums**“ wurde ausgearbeitet und wasserrechtlich eingereicht.

Die Detailplanung für 22 Stationen des **Erlebnispfads Alte Donau-Lobau** wurde abgeschlossen. Die Studien „**Grundlagenerhebung Wienerwaldbäche**“, „**Sanierung der linksseitigen Ufermauer am Schaberbach**“ und die „**Detailprojektierung zur Renaturierung des Schreiberbachs**“ wurden weitergeführt. Die Hochwasseranalyse für die Wienerwaldbäche wurde fertig gestellt. Das Detailprojekt und die Bauarbeiten des zweiten Abschnitts zur Öffnung des Knotenbachs im Bereich einer Wohnhausanlage wurden fertig gestellt.

Gruppe wasserwirtschaftliche Planung

Im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Planung wurde im Zusammenhang mit der Gewässerbewirtschaftung der Teil B - 3. Abschnitt des Grundwasserbewirtschaftungsplans fertig gestellt. Das im Jahr 1994 begonnene Projekt zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum

Schutz von Tiefengrundwässern in Wien wurde abgeschlossen. Das Forschungsprojekt „Phytosanierung“ wurde fortgesetzt. Eine Fortsetzung in Form eines Pilotprojekts wurde vorbereitet. Hinsichtlich des Projekts „Tiefengrundwasser-Messnetz“ wurde das **Konzept eines Messnetzes für die Tiefengrundwässer in Wien** erstellt. Die Überarbeitung der digitalen Gewässerkarte von Wien wurde weitergeführt.

Im Rahmen der **Gewässergüteerfassung** wurde der Betrieb der Messstationen am Liesingbach fortgesetzt und an Mauer- und Petersbach durchgeführt. Die stationäre Messstation Industriegasse musste eingestellt werden. Das Untersuchungsprogramm gemäß Wassergüteerhebungsverordnung wurde fortgesetzt.

Im Rahmen des **wasserwirtschaftlichen Datensammlungs- und Informationswesens** wurde das Projekt „Wasserwirtschaftsbericht Wien - wasserwirtschaftliche Eckdaten Wien“ weitergeführt, die Einrichtung eines wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems, die Erstellung der Wasserrechtsdatenbank und das wasserwirtschaftliche Projektinformationssystem fortgesetzt. Weiters wurden die Arbeiten am Quellskataster fortgeführt.

Im Zusammenhang mit **EU-Projekten** wurde das Grundsatzkonzept für ein wasserwirtschaftliches Informationssystem für den Donaauraum fertig gestellt. Hinsichtlich des Projekts „Asia Urbs Project Klongs Water Remediation in Bangkok and Samut Prakarn (Thailand)“ wurde in Brüssel ein Projektantrag eingebracht. Gemeinsam mit internationalen Partnern soll in einer einjährigen Arbeit ein **Konzept zur Sanierung der schiffbaren Kanäle in Bangkok und Samut Prakarn** erstellt werden.

Mitarbeiter der Gruppe wasserwirtschaftliche Planung haben im Berichtsjahr in nationalen und internationalen Arbeitsgremien, wie z. B. Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV), Österreichisches Normungsinstitut, EU-Angelegenheiten, ARGE Donauländer, mitgewirkt.

Gruppe Sonderaufgaben

Im Rahmen des Tätigkeitsbereichs der Gruppe Sonderaufgaben erfolgte die Mitarbeit bzw. Durchführung von 78 Veranstaltungen, wovon 65 im Donauinselbereich (davon 7 Groß- und 45 Sportveranstaltungen) und 13 im Donaukanalbereich stattfanden. Weiters wurden ca. 3.600 Einfahrtserlaubnisse zur Befahrung des Donauinselbereichs mit Kraftfahrzeugen erteilt, wovon ca. 2.100 Stück entgeltlich ausgestellt wurden. Die Betreuung des **Grilltelefons** war mit der Zustimmung zu rund 1.030 Grillfesten mit ca. 25.000 angemeldeten Teilnehmern im Donauinselbereich verbunden. Um vor allem das verbotene Befahren mit Kraftfahrzeugen, sowie unerlaubte Grillaktivitäten hintanzuhalten, wurde in der Sommersaison im Donauinselbereich ein privater Aufsichtsdienst herangezogen. Insgesamt wurden auf Grund ihrer Verwaltungsübertretungen 1.274 Kraftfahrzeuglenker an die zuständige Strafbehörde gemeldet. Im Zuge von Strafverfahren, wie bei der Beinspruchung von Strafverfügungen der

magistratischen Bezirksämter, waren 81 Stellungnahmen abzugeben.

Leitstelle

Von Seiten der Leitstelle der MA 45 wurden zwei Kartierungsaufträge und acht Vermessungsaufträge zur Grundabteilung abgewickelt, 16 Abschlüsse von kurzfristigen Grundbenützungsbereinkommen, 22 Abschlüsse von Bestandverträgen und langfristigen Übereinkommen getätigt und zwei Verträge betreffend öffentliches Wassergut abgeschlossen.

Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark (MA 48)

Aufgabenkurzfassung

Das Aufgabengebiet der MA 48 umfasst im Wesentlichen Reinigung und winterliche Betreuung der öffentlichen Verkehrsflächen (ausgenommen Autobahnen), Sammlung und Verwertung bzw. Entsorgung von Altstoffen und Abfällen und den Betrieb des städtischen Fuhrparks sowie der Abfallbehandlungsanlage, der Deponie Rautenweg und zweier Kompostwerke.

Daneben sind noch Aufgaben wie die Erstellung des **Wiener Abfallwirtschaftskonzepts**, die Erbringung oder Vergabe von Fahrleistungen, die Entfernung und Verwahrung von verkehrsbeeinträchtigend oder nicht genehmigt abgestellten Fahrzeugen, die Anbringung und Erhaltung von Tafeln zur Bezeichnung von Verkehrsflächen und die Planung, Errichtung, Verwaltung und Erhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten zu erbringen. Darüber hinaus wurden auch die Gebäude und Grundflächen der MA 48 betreut sowie die notstandspolizeilichen Maßnahmen erfüllt. Auch die Planung, Errichtung und Betreuung von Verwertungsanlagen für Altstoffe sowie Entsorgungsanlagen für Abfälle zählen zu den Aufgaben der MA 48.

Im Rahmen der Informationstätigkeit wurden 2001 neben der Information der Bürger auch Fachzeitschriften herausgegeben, nationale und internationale Fachtagungen mit Experten als Referenten beschickt und ein internationaler Fachkongress veranstaltet. Ferner wurde die Abfallberatung durch externe Abfallberater organisiert und das Misttelefon betreut.

Organisation

Ende 2001 wurde die Leitung der Abteilung von OSR Dipl.-Ing. Peter Bortenschlager übernommen. Zur Bewältigung der Aufgabenvielfalt ist die MA 48 in 5 Betriebsabteilungen untergliedert.

Büro des Abteilungsleiters

Die Hauptaufgaben des Referats sind Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements für die Zentralstellen, Koordination des Bedienstetenschutzes in der MA 48, Abwicklung von Projekten, Erstellen von Datenschutzmeldungen, Abwicklung von Sonderaufgaben und Unterstützung der Abteilungsleitung.

Budget, Kostenrechnung und Controlling

Im Berichtsjahr 2001 wurden vom Referat Budget, Kostenrechnung und Controlling Kreditmittel in der Höhe von EUR 192.153.956,11 (ausgabenseitig, ohne Personalkosten) verwaltet, wobei der den Bezirken im Rahmen der Dezentralisierung überantwortete Budgetanteil von EUR 6.443.967,61 (Werte des Rechnungsabschlusses) noch hinzuzurechnen ist (Bedürfnisanstalten und Teile der Straßenreinigung).

Neben den laufenden Budgettätigkeiten wurden 917 Kostenvorschreibungen (Sondereinsätze, Marktreinigungen, notstandspolizeiliche Maßnahmen) ausgestellt sowie diverse zusätzliche administrative Tätigkeiten für die Verrechnung der Sondereinsätze durchgeführt, 106 Anträge betreffend die Dezentralisierung (Bezirke) und 24 Anträge und Virements betreffend das Zentralbudget an die zuständigen Bezirks- bzw. Gemeindegremien erstellt.

Der Ankauf des Grundstückes der Firma Waagner-Biró ist besonders hervorzuheben.

Die Gesamtausgaben (inklusive Personalkosten) lagen um rund 13 % über dem Voranschlag 2001, die Gesamteinnahmen lagen um rund 22 % über dem Voranschlag 2001 wobei Rücklagenzuführungen und -entnahmen inkludiert sind.

Vergabe und Preisprüfung

Es wurden rund 100 Ausschreibungen durchgeführt, 11 davon europaweit auf Grund der Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes. Schwerpunkte waren die europaweit ausgeschriebenen Lieferaufträge betreffend Aufbaumittel, Treibstoffe, Reifen, Abfallsammelbehälter und die getrennte Sammlung von Altstoffen, ferner Dienstleistungsaufträge wie Altpapiersammlung mit Sammelfahrzeugen, Transportleistungen für die Problemstoffsammlung der Stadt Wien etc. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 198 Verhandlungsverfahren und Nachtragsangebote auf Preisangemessenheit geprüft.

Bau- und Grundstücksangelegenheiten

Für die Nutzung des neu angekauften Grundstücks und Gebäudes von Waagner-Biró durch Zentrale, Fuhrpark und Straßenpflege hat die Vorplanung begonnen.

In der Abfallbehandlungsanlage wurde die Betriebstankstelle den behördlichen Auflagen entsprechend angepasst und ein 80.000-Liter-Tank eingebaut. Die Entwässerung der Betankungsfläche erfolgt mittels Rigole über einen Ölabscheider in das Kanalnetz. In der Abfallbehandlungsanlage wurde auch ein neuer Mistplatz errichtet. Die zweijährige Dachüberprüfung des Zeltdachs, sowie die Bestandsprüfung der Schlackenhalle wurde durchgeführt. Die Einfahrts- und Ausfahrtswaagen wurden an das Kanalnetz angeschlossen. Die Garderobe im 1. Obergeschoss des Zeltes wurde ausgemalt und mit neuen Türen bzw. Heizkörpern ausgestattet. Auf der Deponie wurde eine Besucherzone errichtet. Im Kompostwerk Lobau wurde die Werkstätte neu ausgemalt.

Die Einfahrt zum Kompostwerk Schafflerhof wurde verlegt und die Zufahrtstraße asphaltiert. In der Garage 20 wurde der Werkstättenumbau begonnen. Laufende Instandhaltungsarbeiten wurden in allen Garagen, deren Dependancen sowie in der Hauptwerkstätte durchgeführt.

Für die EDV wurde ein Schulungscontainer angeschafft. In der Breitenleer Straße - Am Langen Felde wurde ein Containerdorf errichtet. In der Hauptwerkstätte 17 wurde das Objekt 7b auf die betrieblichen Anforderungen adaptiert.

Müllunterkünfte

In sechs Müllauflegerunterkünften wurden Malerarbeiten durchgeführt und die Adaptierungsarbeiten in 19., Grinzinger Straße 151 fertig gestellt. Das Objekt in 11., Lorystraße 83 wurde als Unterkunft zusätzlich angemietet.

Straßenreinigung und Mistplätze

Für Reparatur- und Erhaltungsarbeiten bei Straßenreinigungsdepots wurden im Jahr 2001 insgesamt EUR 1,32 Mio. aufgewendet. Für Mistplätze wurden EUR 0,32 Mio. aufgewendet. Für die Erweiterung der Schneeableerstelle 14., Knoten Auhof wurden EUR 0,23 Mio. an Investitionen ausgegeben. In vielen Objekten wurden laufende Instandhaltungsmaßnahmen wie Baumeister-, Maler-, Schlosser-, Tischler-, Elektro-, Sanitär- und Lüftungsinstallationsleistungen durchgeführt. In 3., Klopsteinplatz 6 wurde das Depot frauengerecht umgebaut.

WC-Anlagen

In Wien werden derzeit 336 städtische Bedürfnisanstalten zur Reinigung, Betriebsführung und Instandhaltung verwaltet. Die Anlagen Schottentor, Baumgartner Casino, Wasserpark, Hofferplatz und Dornierplatz wurden einer Generalsanierung unterzogen. Weiters wurden mehrere Anlagen teilweise saniert und zahlreiche Vandalismusschäden behoben.

Straßenbenennungstafeln

In Wien wurden 19 Neubenennungen von Straßen, Gassen und Plätzen durchgeführt sowie die dafür erforderlichen 49 Straßenbenennungstafeln an geeigneter Stelle entsprechend angebracht. Weiters wurden auf Wunsch der betreffenden Bezirksvorstellungen zusätzlich 24 Stück Erläuterungstafeln montiert. Insgesamt wurden auf Grund von Meldungen über den Bürgerdienst, der Bezirksvertretungen, der Polizei, diverser Magistratsabteilungen, von Passanten und durch Eigenwahrnehmung 676 Erhebungen, Arbeitsaufträge, Montagen sowie in weiterer Folge deren Kontrollen durchgeführt und im Zuge dessen 312 Straßenbenennungs- und Hinweistafeln erneuert und gereinigt.

Info-Referat

Im Jahr 2001 konnten beim Misttelefon 59.116 Anrufe verzeichnet werden. Das bedeutet einen Rückgang gegenüber 2000 von 2,7 % (60.741 Anrufe). Diese Schwankungsbreite liegt im jahresüblichen Schnitt.

Die kontinuierliche **mobile Abfallberatung** fand nach Inbetriebnahme neuer Fahrzeuge wieder ab Herbst statt. Die MA 48 hat im abgelaufenen Jahr an der „Seniorenmesse“ teilgenommen und sieben Wochen lang Ausstellungen und Informationsstände in Einkaufszentren mit dem Schwerpunkt Abfallvermeidung eingerichtet. Insgesamt konnten bei 155 Aktionstagen 48.262 BesucherInnen verzeichnet werden. Durch persönliche Hausberatungen wurden in Schwerpunktgebieten in den Bezirken 5, 11, 15 und 20 9.936 BürgerInnen kontaktiert.

Die kostenlosen Rundfahrten für Schulen (ab 4. Schulstufe) durch Abfallbehandlungseinrichtungen der MA 48 (Zelt, Deponie, Kompostwerk) wurden fortgesetzt. Parallel dazu wurden als Vor- oder Nachbereitung eine oder mehrere Schulstunden angeboten und von zahlreichen Klassen genutzt. Im Herbst wurde erstmals auch das Müllheizkraftwerk Spittelau in die Aktion einbezogen. Im Frühjahr wurde ein Spielwettbewerb „**Mistmeister 2001**“ für alle Volksschulen wieder durchgeführt. Schwerpunkt war die Abfallvermeidung. Mitte Juni kamen die acht besten Klassen zum Finale in einer Schule zusammen und spielten gegeneinander den Titel des „Wiener Mistmeisters“ aus.

Am 15. und 16. Oktober 2001 fand im Rathaus der internationale Kongress „Erfolgreiche Abfallwirtschaft“ statt. Fast 600 TeilnehmerInnen aus 34 Ländern konnten begrüßt werden.

Im vergangenen Jahr wurde begonnen, alle Broschüren auf das neue Corporate Design der Stadt Wien umzustellen. Zunehmend sind die Broschüreninhalte auch schon im Internet abrufbar. Ende des Jahres begann die sehr aufwendige Erhebung für eine Neuauflage des Reparatur-, Verleih- und Gebrauchtwarenführers. Zur flächendeckenderen Verteilung von Infomaterial befinden sich 19 Info-Ständer in magistratischen Bezirksämtern und Hallenbädern. Das 48er-Geschirrmobil war 2001 fast durchgehend im Einsatz und erbrachte einen wertvollen Beitrag zur Abfallvermeidung.

Der Personalstand der im Auftrag der MA 48 tätigen Abfallberater wurde durch einen neuen Kurs wieder aufgestockt. Ende des Jahres waren 14 AbfallberaterInnen mit Gewerbeschein tätig. Deren Aufgaben umfassen die ganze Palette von Beratungsmaßnahmen. Dafür wurden 22.732 Stunden aufgewendet.

Von Ende Mai bis Jahresende 2001 lief die **Mistvermeidungskampagne**. In Zusammenarbeit mit der MA 53 und einer Werbeagentur wurden Citylight-Plakate, Infoscreens in U-Bahn-Stationen und Großflächenplakate eingerichtet, sowie Hörfunkspots, Beilagen in der Zeitschrift „wien.at“ und dergleichen organisiert. Ein besonderer Schwerpunkt widmete sich dem Problem „Saubere Straßen“.

Die (mehr als 120) Internet-Seiten der MA 48 wurden laufend betreut und aktualisiert. Erweiterungen zu den Themen Fuhrpark und Straßenreinigung sind in Umsetzung. Zusätzlich wurde für die interne Kommunikation ein Intranet konzipiert und umgesetzt.

Innerer Dienst

Personal

Mit 31. Dezember 2001 waren 3.114 Dienstposten systemisiert. Die Anzahl der Saisonbediensteten betrug 274. Im Berichtsjahr wurden auf Grund von ordentlichem Präsenzdienst und Elternkarenzurlaub 8 Dienstposten als Überhang geführt, 16 MitarbeiterInnen im Rahmen des Behindertenkontingents beschäftigt. 13 Bedienstete waren zur Dienstleistung zugeteilt. Von der Personalstelle wurden 553 Abgänge und 536 Zugänge bearbeitet, sowie 107 Vertragseingaben und 58 Verwendungsänderungen beantragt. Darüber hinaus wurden 17 höherwertige und 6 nicht höherwertige Dienstposten bekannt gemacht.

Nach Übertragung der operativen Dienstaufsicht für die Schemata I und III im Jahr 1999 und der BetriebsbeamtInnen und WerkmeisterInnen im Jahr 2000 wurde diese im Jahr 2001 um die Bereiche der Fachbediensteten des technischen Dienstes, ChemikerInnen und Bediensteten des technischen Dienstes erweitert.

Zentrale EDV

Im Bereich der EDV erfolgten 2001 zahlreiche Neuerungen, die von Austausch von Bildschirmen und PCs, der Erweiterung der Netzwerkverbindungen und Serverupgrades bis zum Einsatz neuer und dem Ausbau bestehender Software reichten. Zahlreiche spezielle Programme für die MA 48 wurden neu implementiert oder adaptiert und getestet (z. B. werden Dank des neuen Tankstellensystems die Fahrzeuge der MA 48 automatisch an Tankstellen, Waschstraßen und Ein- und Ausfahrten erkannt).

Zentrale Leistungsverrechnung

Im abgelaufenen Jahr umfasste die Bearbeitung der täglichen Arbeitsscheine, Fahrtausweise sowie Wochenarbeitsscheine der Zentralen Leistungsverrechnung über 3,6 Mio. Tagesdatensätze. Dies wiederum ergab bei den monatlichen Nebengebührentransfers zur MA 2 insgesamt über 152.000 Datensätze. Der Bearbeitung der Ein- und Austritte stand eine laufende Fluktuation von 963 Mitarbeitern gegenüber.

Schadensfälle

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahr 2001 an 1.312 Schadensfällen beteiligt, von denen 794 die MA 48 betrafen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 758 Fälle abgeschlossen und an Schadenersatzforderungen von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder Haftpflichtversicherungen EUR 235.559,92 hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe, etc.) durch Fremde wurden in 933 Fällen insgesamt EUR 26.902,45 einbringlich gemacht.

Betriebskassa

Die Betriebskassa hatte im Jahre 2001 einen Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz von EUR 236.986,11.

Fuhrpark

Der Fuhrpark (FP) stellt Fahrzeuge mit und ohne Personal zur Verfügung, besorgt die Wartung und Reparatur von Kfz wie auch von Geräten und überprüft diese. Er organisiert die Abschleppung von verkehrsbehindernden Fahrzeugen, erstellt eine leistungsfähige Materialwirtschaft für die gesamte MA 48 und bildet Kfz-Technikerlehrlinge in der eigenen Lehrwerkstätte aus. Außerdem ist der FP jene Fachabteilung im Magistrat der Stadt Wien, welche für die Beschaffung und Skartierung von Kfz und ähnlichen Geräten verantwortlich ist. Dabei wird der FP immer mehr zum Dienstleister für den Magistrat, denn 51 % der Anschaffungen wurden 2001 für andere Magistratsabteilungen getätigt.

Vom Fahrbetrieb wurden 2001 etwa 120.000 Ausfahrten im Dienste der Wiener Bevölkerung getätigt. Dabei wurden 9.000.000 km zurückgelegt, 900.000 Tonnen Ladegut befördert und 31.300 Fahrzeuge abgeschleppt (Werte gerundet).

Seit 1999 fallen die Unfallzahlen mit Kfz im FP kontinuierlich. Sehr erfreulich dabei ist, dass sie mit steigender Fahrleistung und mit annähernd gleicher Lenker- und Fahrzeuganzahl erzielt wurden. Dieses gute Ergebnis lässt sich auf mehrere Ursachen zurückführen. Einerseits auf die Gründung eines Sicherheitsreferats (SR) im FP und andererseits auf die Maßnahmen, die aus dem Qualitätsmanagementsystem (QMS) nach ISO 9000 ff. für die Vor- und Nachsorge bei Unfällen abzuleiten sind. Zusätzlich haben Maßnahmen wie verbesserte interne Kommunikation, Schulungen, Unterweisungen und regelmäßige Fahrsimulationen am Lkw-Fahrsimulator in Simmering, die Sensibilität gegenüber Gefahren im Straßenverkehr wesentlich erhöht.

Erstmals wurde eine Persönliche-Schutz-Ausrüstungs-Fibel erstellt, welche im 1. Quartal 2002 an jeden Mitarbeiter ausgeteilt wurde. In dieser Fibel ist jeder Ausrüstungsgegenstand bildlich und mit Lagernummer dargestellt. Mit dieser Maßnahme erhofft man sich eine weitere Senkung der Unfallzahlen, besonders im Werkstättenbereich.

Einen Markstein des Jahres 2001 für den Fuhrpark stellt das erfolgreiche Überwachungsaudit des QMS, nach EN ISO 9001:2000, dar. Im Prozess „Umwelt“ wurde die Mitarbeit im „KliP“ (Klimaschutzprogramm) nachhaltig forciert. Der Prozess „Projektmanagement“ wurde entsprechend ISO 9000 ff. ausgebaut. Über 70 interne Fuhrpark-Projekte wurden 2001 verwaltet. Über $\frac{2}{3}$ davon konnten zeitgerecht und erfolgreich abgeschlossen werden. Ein Projekt ist besonders hervorzuheben, weil es für dessen innovativen Charakter typisch ist.

Projekt „Zukunftsworkshop“ (Zielfindungsprozess)

Zweck: Visionen werden zu Zielen, Ziele werden zu

Strategien geformt und Strategien münden in Maßnahmen (= Projekte). Der Erfolg der Projekte wird gemessen und fließt, ganz im Sinne unseres QMS, in einen Verbesserungs-Regelkreis ein. Alle Ebenen des Fuhrparks (FP) waren in diesen Zielfindungsprozess, welcher in 7 moderierten Workshops abgewickelt wurde, eingeflochten.

Ergebnis: Projekte die es dem Fuhrpark in Zukunft weiter ermöglichen, effektiv und leistungsorientiert seinen Kernaufgaben „Transportieren“, „Fahrzeugbeschaffen“ und „Abschleppen“ nachzugehen.

Abfallwirtschaft

Sammlung/Anlieferung

In der nachfolgenden Tabelle werden alle Abfälle, die durch die MA 48 gesammelt werden, sowie jene Abfälle, die an Einrichtungen der MA 48 (Abfallbehandlungsanlage, Kompostwerke Lobau und Schafflerhof und Deponie Rautenweg) geliefert werden nach Schlüsselnummern aufgelistet.

Die Abnahme der Müllmenge im Vergleich zum Vorjahr resultiert vor allem aus der Abnahme der Gewerbeabfälle. Erwähnenswert ist auch, dass die Systemmüllmenge nahezu gleich geblieben ist. Das Pro-Kopf-Aufkommen an Systemmüll ist von 305,21 kg/Einwohner und Jahr auf 302,18 kg/Einwohner und Jahr gesunken. Da die Einwohnerzahl für Wien lt. Rohdaten der Volkszählung weiter steigend ist, ist mit einem steigendem Müllaufkommen, aber eventuell mit geringeren Pro-Kopf-Massen zu rechnen.

Bei den inerten Abfällen ging die Menge an Einkehrriesel durch den milden Winter stark zurück. Die Masse an Altstoffen verringerte sich geringfügig. Auch bei den biogenen Abfällen ist ein witterungsbedingter geringer Rückgang zu registrieren. Die Menge an Problemstoffen und gefährlichen Abfällen zeigt einen Rückgang von 4 % (Masse). Dieser ist vor allem den Kühlgeräten zuzuschreiben. In dieser Gruppe fallen auch eine Reihe von Abfallarten an, die einer Verwertung zugeführt werden können.

Bei der Problemstoffsammlung wurde eine Problemstoffsammelstelle aufgelassen.

Abfallbehandlungsanlage (48er-Zelt)

Im Jahr 2001 wurden 152.136 t Altstoff-, Problemstoff- sowie Privat- und Gewerbeabfallanlieferungen im 48er-Zelt einer Behandlung unterzogen. 87 % des Inputs wurden einer Verwertung bzw. einer umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 5.381 t auf der Deponie Rautenweg und 1.382 t auf anderen Deponien geordnet abgelagert sowie 13.234 t Reststoffe in den Müllheizwerken der Fernwärme Wien GmbH (FWW) thermisch verwertet.

Kompostmaterialaufbereitung und Kompostierung

An nativ-organischen Abfällen wurden insgesamt 85.491 t, und zwar 7.318 t von Mistplätzen, 68.317 t aus dem System Biotonne, 359 t über die Baum- und Strauchschnittabholung, 314 t über die Christbaumsammlung, 1.798 t aus sonstigen im Auftrag der

MA 48 Gesamt (Primäranfall)

ÖN SN Abfallbezeichnung (MA 48)	2000		2001		mehr / weniger in in Prozent
	Masse		Masse		
	in Tonnen	in Prozent	in Tonnen	in Prozent	
91101 Hausmüll (Systemsammlung)	494.212	49,2	494.190	51,2	0,0
91101 Spitalmüll hausmüllähnlich	14.260	1,4	13.769	1,4	-3,4
91101 Hausmüll und ähnliche Gewerbe Abf.	28.965	2,9	19.263	2,0	-33,5
91401 Sperrmüll	30.747	3,1	31.175	3,2	1,4
91501 Straßenkehricht	36.161	3,6	32.683	3,4	-9,6
94704 Sandfangmaterial/ Rechengut	7.097	0,7	5.386	0,6	-24,1
Summe Mischabfälle	611.442	60,8	596.465	61,8	-2,4
31409 Bauschutt von Mistplätzen	56.744	5,6	56.031	5,8	-1,3
31409 Bauschutt	2.550	0,3	2.654	0,3	4,1
31410 Straßenaufbruch	129	0,0			-100,0
31411 Bodenaushub	1.462	0,1	10	0,0	-99,3
31427 Betonabbruch	1.494	0,1	2.755	0,3	84,4
31106 Einkehrriesel	28.768	2,9	8.393	0,9	-70,8
Summe Inerte Abfälle	91.148	9,1	69.844	7,2	-23,4
17201 Holz Verpackungen	2.038	0,2	1.950	0,2	-4,3
17201 Altholz unbehandelt	331	0,0	246	0,0	-25,7
17202 Altholz behandelt	25.889	2,6	25.277	2,6	-2,4
18718 Altpapier	122.919	12,2	121.965	12,6	-0,8
18718 Kartonagen	4.181	0,4	3.886	0,4	-7,1
31408 Flachglas	2	0,0	1	0,0	-31,6
31465 Verbundglas	15	0,0	12	0,0	-19,1
31468, 31469 Verpackungsglas (weiss + bunt)	23.536	2,3	23.147	2,4	-1,7
35103 Metallschrott	17.002	1,7	16.806	1,7	-1,2
35105 Metallpackstoffe	2.617	0,3	2.604	0,3	-0,5
35202 Elektrogeräte	512	0,1	577	0,1	12,6
35203 KFZ-Wracks	2.287	0,2	2.355	0,2	3,0
35210 Bildschirmgeräte	944	0,1	916	0,1	-2,9
57108 Styropor	92	0,0	90	0,0	-2,4
57118 Gemischte Kunststoffverpackungen	7.767	0,8	8.005	0,8	3,1
57118 Kunststoff Hohlkörper	24	0,0	36	0,0	45,4
57118 skartierte Müllbehälter	573	0,1	345	0,0	-39,8
57119 Kunststofffolien	109	0,0	115	0,0	5,4
57502 Altreifen	1.233	0,1	1.184	0,1	-4,0
58107 Alttextilien			1	0,0	100,0
div. sonstige Altstoffe	50	0,0	56	0,0	11,2
Summe Altstoffe	212.122	21,1	209.573	21,7	-1,2
91104 Biotonne	70.025	7,0	68.317	7,1	-2,4
91104 Biogene Abfälle	16.748	1,7	17.174	1,8	2,5
Summe Kompostrohmaterial	86.773	8,6	85.491	8,9	-1,5
35106 Feuerlöscher	5,9	0,0	5,0	0,0	-16,3
35106 Gasflaschen	4,8	0,0	3,9	0,0	-19,8
35201 Ölradiatoren	57,4	0,0	59,8	0,0	4,2
12302 Speiseöle, Speisefette	242,0	0,0	234,1	0,0	-3,2
35322 Bleiakumulatoren	487,9	0,0	473,6	0,0	-2,9
35326 Gasentladungslampen	12,5	0,0	12,6	0,0	0,8
35326 Quecksilber	0,1	0,0	0,1	0,0	8,9
35338 Batterien unsortiert	45,2	0,0	47,3	0,0	4,7
52707 Fixierbäder	1,3	0,0	1,1	0,0	-15,6
53510 Medikamente	86,1	0,0	77,7	0,0	-9,8
54102 Motoröle	121,3	0,0	121,4	0,0	0,1
55370 Organisch Flüssige	501,8	0,0	510,8	0,1	1,8
55502 Organisch Pastöse/Feste	332,6	0,0	307,8	0,0	-7,5
57117 Röntgen SW-Negative	3,4	0,0	3,5	0,0	2,0
57118 Leergebinde	3,5	0,0	4,4	0,0	27,8
57127 Tonerpatronen, Farbbänder	1,3	0,0	1,0	0,0	-22,4
59305 Anorganisch Flüssige	20,2	0,0	20,5	0,0	1,4
59305 Toxische, Pestizide, Gifte	26,6	0,0	25,4	0,0	-4,8
35205, 35206 Kühlgeräte	1.568,4	0,2	1.472	0,2	-6,2
Summe Problemstoffe, Gefährliche Abfälle	3.522,5	0,4	3.381,5	0,4	-4,0
SUMME GESAMT	1.005.008	100,0	964.754	100,0	-4,0

Abteilung erfolgten Anlieferungen und 7.386 t durch Gewerbeanlieferungen ins 48er-Zelt gebracht und mit der Aufbereitungsanlage unter Zugabe von 1.335 t Strukturmaterial und Wasser für den nachfolgenden Kompostierungsprozess im Kompostwerk Lobau vorbereitet. 5.253 t Störstoffe wurden durch Windsichtung, Metallabscheidung und Siebung aus dem Rohmaterial entfernt. Insgesamt gelangten 81.573 t organisches Material zur Kompostierung ins Kompostwerk Lobau. 2001 wurden 31.390 t (19.364 t innerhalb des Magistrats, 1.358 t Kleinabnehmer, 8.125 t Mistplätze, 2.504 t Kleingartenaktionen und 39 t Aktionen des Infereferats) abgeseibter Reifekompost vermarktet bzw. gratis weitergegeben.

Z-Prosa (Zentrales Problemstoffzwischenlager)

Im Berichtsjahr wurden 475.374 kg Starterbatterien, 46.503 kg Konsumbatterien, 202.473 kg Speiseöl, 586 kg Medikamente, 10.687 kg Leergebinde, 4.601 kg Röntgenbilder und Schwarz-Weiß-Negative, 4.520 kg Gasflaschen, 4.911 kg Feuerlöscher, 59.791 kg Ölradiatoren und 12.683 kg Leuchtstoffröhren sowie 972 kg sonstige gefährliche Abfälle (in Summe 823.100 kg) übernommen, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt. Im Berichtsjahr wurden 35.611 Altkühlergeräte, 40.649 Bildschirmgeräte und 2.295 Ölradiatoren angeliefert. 35.433 Altkühlergeräte, 40.677 Bildschirmgeräte und 2.172 Ölradiatoren wurden einer Behandlung unterzogen (zum Teil vom Vorjahreslager).

Behandlung von Verbrennungsrückständen

53.459 t Schlacke und Asche aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 60.576 t aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau, 35.128 t aus der Übernahmestelle Simmering (EbS) und 3 t Schlacke aus privater Verbrennung (Summe 149.167 t) wurden mit 6.528 t Schlacke-Altbestand, 5.760 t eingekehrter Streusplitt, 380 t Schotter, 19.028 t Zement und 9.004 t Wasser vermischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut.

Aufbereitungs- und Sortieranlage für Haus- und Sperrmüll

Zur Entsorgung von Restmüll und Sperrmüll, der nicht in den Müllverbrennungsanlagen thermisch behandelt werden kann, wurde eine Aufbereitungs- und Sortieranlage für Haus- und Sperrmüll mit einer Kapazität von 260.000 Tonnen/Jahr errichtet. Die Anlage hat seit Juli 2001 im Zuge der Inbetriebnahme 10.120 Tonnen Abfall aufbereitet.

48er-Bazar (Mistflohmarkt)

Im Jahr 2001 wurde der Flohmarkt von 26.775 Besuchern frequentiert. Dabei wurden 54.766 Gegenstände verkauft, wobei 81 % davon einen Preis unter 8 Euro, weitere 16 % davon einen Preis zwischen 8 und 29 Euro sowie 3 % einen Preis über 29 Euro hatten.

Deponie Rautenweg

Allgemeine Leistungsangaben

Im Jahr 2001 wurden 363.334 t Abfälle (Müll und Inertstoffe) zur Deponie angeliefert. Es wurden 214.709 t ausgelagert bzw. aussortiert. Die tatsächlich deponierte Menge betrug 148.624 t.

Entgasungsanlage

Im Berichtsjahr wurden 13,05 Mio. m³ Gas aus dem Deponiekörper abgesaugt und mittels Gasmotoren Strom erzeugt, der in das Netz der Wienstrom GmbH eingespeist wurde.

Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt

Es wurden 5.112 t Einkehrsplitt verarbeitet und dabei 3.198 t Recyclingmaterial erzeugt.

Altfensteraufbereitungsanlage

Im Berichtsjahr wurden 91 Tonnen Altfenster aufbereitet und die dabei gewonnenen Materialien dem Recycling zugeführt.

Umladestation für Sperrmüll

Im Jahr 2001 wurden 6.725 t umgeschlagen. Davon gelangten 3.162 t Altstoffe zur Verwertung, 199 t Problemstoffe und Kühlgeräte zur Behandlung und 3.364 t Restabfälle (Sperrmüll) wurden deponiert.

Straßenreinigung, Winterdienst

Der Straßenreinigung und dem Winterdienst standen neben dem ständigen Personal geringfügig beschäftigte Tagelöhner und Schneearbeiter im Umfang von 69.749 Manntagen zur Verfügung, die eine Leistung von insgesamt 358.009 Stunden erbrachten.

Die Straßenreinigung entleerte die 12.167 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Bei 6.896 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 308.585 km gefahren. Bei 1.683 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 93.643 km, bei 1.992 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 137.475 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks und Kramer-Tremos der Straßenreinigung 18.851 Betriebsstunden geleistet, wobei 7.540 Stunden auf Kehreinsätze entfielen. 12 Waschaufbauten für die Klein-LKWs wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahn und der Papierkörbe eingesetzt.

Die Mitarbeiter der Straßenreinigung kehrten 2001 händisch und maschinell insgesamt 31.806 t Straßenkehrschutt sowie 7.920 t Streusplitt nach dem Winterdienst ein.

Wochentags ist der Funkraum von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00 bis 6.00 Uhr mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die **Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes** und organisiert auf Anforderung von Polizei, Feuerwehr, Permanenzingenieur oder Straßenreinigung (wie z. B. für Kehr- und Waschmaschinen) die Fahrzeugbestellungen bei der jeweiligen Einsatzgarage. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über diesen Journal-

dienst (z. B. Hochwassereinsatz). An Wochentagen von 6.00 bis 15.30 Uhr werden alle Agenden für die Straßenreinigung und den Winterdienst von den Mitarbeitern der Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst 2001/2002 waren 257 abteilungseigene Fahrzeuge und 151 LKWs von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Zusätzlich stehen 19 Kleinlader zur Verfügung. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 2000/2001 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen, die bereits für den Winterdienst 2001/2002 Gültigkeit haben. Wegen des Ausfalls von privaten Streufahrzeugen wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, die Pläne für die Klein-LKWs der Straßenreinigung überarbeitet, skartierte Klein-LKWs durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, Auftaumittelversuche (Einsatz von Kaliumkarbonat, NaCl als Sole statt CaCl₂) durchgeführt, 302.382 lfm Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen mittels Vertrag an Privatfirmen zur Betreuung übergeben und der Einsatz von Feuchtsalz verstärkt. Derzeit gibt es 17 Winterdienstlagerplätze der Abteilung, wobei jeder Platz mit mindestens zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. 11 Lagerplätze sind mit einer Solemischanlage für den Feuchtsalzeinsatz ausgestattet.

Auf nunmehr 18 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Abfallwirtschaft betreut werden. Die Öffnungszeiten wurden dem Bedarf angepasst, so dass die Mistplätze nunmehr Montag bis Samstag von 7.00 bis 18.00 Uhr zur Verfügung stehen. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz Kagran bei der Abfallbehandlungsanlage gibt es nunmehr 19 Mistplätze, die im Berichtszeitraum von insgesamt 1.726.896 Personen frequentiert wurden. Auch 10.584 Kühlschränke, die auf öffentlichem Gut von der Straßenreinigung aufgefunden wurden, mussten über die Mistplätze entsorgt werden.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt und steuert alle Einsätze zentral. Es erfolgten 6.274 Ausfahrten für **notstandspolizeiliche Maßnahmen** (Abschrankungen, Beleuchtungen). Weiters wurden Leistungen der MA 48 für 456 Sonderveranstaltungen (Reinigung während und nach Veranstaltungen, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen und Altstoffsammelgefäßen) koordiniert bzw. veranlasst.

Von den Außenstellen und den Mitarbeitern der Zentrale wurden 1.092 Schadensmeldungen für die Straßenschadensdatei erhoben und in das Programm eingegeben. Weiters wurden 357 Autowracks als Erstmeldung der Abschleppgruppe gemeldet.

2001 mussten die Arbeiten für die erweiterte Dezentralisierung geleistet werden. Das betrifft im Besonderen Aufgaben der Straßenreinigung in Eigenverantwortung der Bezirke (private Waschmaschinen, Tagelöhner, Schneearbeiter, private Schneefuhr, Kleinlader mit Kehreinrichtung). In zwei Be-

zirkeln wurden Projekte für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen durchgeführt.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien (MA 49)

Die MA 49 - Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb ist mit der Bewirtschaftung der stadtnahen **Erholungswälder** und der **Quellenschutzwälder** in Niederösterreich und in der Steiermark betraut. Das Management im Wiener Teil des **Nationalparks Donau-Auen** sowie die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien sind weitere wichtige Aufgaben. Hierzu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von neuen Wäldern und Windschutzgürteln.

Die MA 49 finanziert weiters ein Referat des Ludwig-Boltzmann-Instituts für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung des volkswirtschaftlichen Stellenwerts desselben und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht. Das Ausmaß der von der MA 49 **bewirtschafteten Grundflächen** betrug Ende 2001 43.584 Hektar. Eine genaue Gliederung ist der folgenden Tabelle (Bewirtschaftete Grundflächen) zu entnehmen.

Von der MA 49 bewirtschaftete Grundflächen

Lage und Nutzung	Fläche in ha
Im Bereich des Forstamtes:	
Stadtnahe Wälder	8.532
Quellenschutzwälder	32.482
Im Landwirtschaftsbetrieb:	
Verwaltet	2.570
davon bewirtschaftet:	1.660
Insgesamt	43.584

Die **Holzernte** der Forstverwaltung der Stadt Wien in Kubikmetern betrug im Jahre 2001 61.400 m³. Die Details der Holzernte sind in der folgenden Tabelle angeführt.

Forstverwaltung	Kubikmeter (m ³)
Lainz	15.100
Lobau	3.900
Hirschwang	24.000
Nasswald	8.700
Wildalpen	9.700
Gesamt	61.400

Die Gesamtfläche der **Naturwaldreservate** im Verwaltungsbereich der MA 49 - außerhalb des Nationalparks Donau-Auen - beträgt derzeit 2.377 Hektar, das sind 5,83 % der Verwaltungsfläche bzw. 9,91 % der Waldflächen. Die Anzahl der im Nebenbetrieb Jagd erzielten Abschüsse betrug 3.195 Stück Schalenwild.

In der Direktion und im Bereich Forst waren Ende 2001 127 Bedienstete und 200 Forstarbeiter und Professionisten tätig. Im Landwirtschaftsbetrieb wa-

ren es 13 Angestellte, 19 ständige Arbeiter sowie 4 Saisonarbeiter.

Neuerungen im Jahr 2001

Am 28. Juni 2001 wurde **Dipl.-Ing. Andreas Januskovecz** zum **neuen Leiter der Abteilung** bestellt. Vor seiner Ernennung widmete sich Dipl.-Ing. Januskovecz in der Forstverwaltung Nasswald vor allem der Anwendung moderner Seilbahntechnologien für den Holztransport zur Schonung der Wälder und Böden in den Quellenschutzgebieten. Die Umsetzung von Maßnahmen der naturnahen Waldwirtschaft und die Verbesserung von Wildtierlebensräumen haben eine zunehmende Optimierung des Wald- und Bodenzustands in den Quellenschutzwäldern und eine ausgezeichnete Wasserqualität für Wien zur Folge.

Eine der wichtigsten Maßnahmen im Jahr 2001 war die Umstrukturierung der Direktion, die nun in drei Gruppen untergliedert ist: Gruppe 1 - Stadtwald, Nationalpark, Landwirtschaftsbetrieb, Gruppe 2 - Quellenschutzwald und Gruppe 3 - Grundverwaltung und Facilitymanagement. Weiters wurden die vier Stabstellen Kanzlei, Budget, Personal und Public Relations eingerichtet. Mit der Umstrukturierung war auch die Umwandlung der ehemaligen MA 49 - Landesforstinspektion in die MD-Geschäftsstelle Landesforstinspektion einhergegangen.

Gruppe 1: Stadtwald, Nationalpark, Landwirtschaftsbetrieb

Bei der Bewirtschaftung der Waldflächen stellt deren spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise dar. Im **stadtnahen Bereich**, wo die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zwecks Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam geerntet.

Im **Nationalpark Donau-Auen** konzentrierten sich die forstlichen Tätigkeiten auf die langsame, naturverträgliche Entfernung nicht standortgerechter Holzarten (Hybridpappeln, Kiefern, Robinien und Götterbaum) in Übereinstimmung mit dem verordneten Managementplan. Sonstige Fällungen beschränkten sich auf absterbende bzw. abgestorbene Bäume, von denen entlang der Wanderwege eine Gefährdung der Besucher ausgehen könnte.

Die wichtigsten Tätigkeiten in diesen Bereichen waren:

- Mitarbeit an der Neuformulierung der Nationalparkverordnung.
- Neue Wege und Stege (Josefsteg) im Nationalpark Donau-Auen wurden angelegt um den Besuchern ein optimales Naturerlebnis zu ermöglichen und dabei die Au bestmöglich zu schützen.
- Die Ausgestaltung des Naherholungsgebiets Wien 23., Kellerberg wurde begonnen.
- Das seit 40 Jahren laufende Programm der Aufforstung neuer Wälder in den waldarmen Zonen Wiens im Süden und Nordosten wurde mit der Anlage von ca. 50.000 m³ Jungwald fortgeführt.

So wurden z. B. beim „Wald der jungen WienerInnen“ in 22., Ostbahnbegleitweg, 15.000 Bäume und Sträucher gepflanzt.

- Bei den Landschaftspflegemaßnahmen im Gütenbachtal wurden schwerpunktmäßig die Wald-ränder bearbeitet. So wurden die von Wind und Wanderern gebrachten Abfälle eingesammelt und die Sträucher zurückgeschnitten, um die zunehmende Verbuschung der Wiesen und Felder zu stoppen.
- Der Ankauf des „Herrenholzes“ in Stammersdorf diente der Sicherung eines ökologisch wertvollen Waldrestes in diesem Bereich.

Im **Landwirtschaftsbetrieb** werden die Produktionsmethoden landwirtschaftlicher Erzeugnisse zunehmend auf Basis des „**integrierten Pflanzenschutzes**“ abgestimmt. Zahlreiche weitere Aufgabenbereiche, wie Grünraumgestaltung, Erhaltung der Kulturlandschaft, Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung und Stadtentwicklung, Umstellung weiterer Flächen auf biologischen Landbau, treten zunehmend in den Vordergrund. Die Verwaltungsfläche betrug 2.570 Hektar, die landwirtschaftliche Nutzfläche 1.660 Hektar. Genauere Hinweise in den folgenden Tabellen.

Landwirtschaftliche Anbauflächen

Anbausorten	Hektar	davon biologisch
Getreide	1.107	126
Eiweißfrüchte	184	
Ölfrüchte	14	30 ^{*)} als Gründüngung
Hackfrüchte	290	16 als Gründüngung
Wein	30	
Gemüse, Gewürze	29	28
Insgesamt	1.660	200

^{*)} Davon 14 ha in der Verwaltung der MA 49

Als Bracheflächen ohne Nutzung waren zusätzlich 196 ha angelegt. Im anerkannten Biolandbau werden derzeit 200 ha bewirtschaftet. 400 ha sind zur Zeit in der Übergangsphase zum Biolandbau.

Landwirtschaftliche Produktion

Produkte	Tonnen	davon biologisch
Weizen	3.082	179
Hartweizen	546	
Roggen	640	114
Gerste	153	76
Hafer	30	30
Dinkel	4	4
Zuckerrüben	7.709	
Kartoffeln	348	348
Erbsen	121	
Mais	492	
Wein in hl	670	

Zur Beachtung: 200 von 1.660 ha sind derzeit biologisch bewirtschaftet. Der Ertrag auf Bio-Flächen ist geringer, der Verkaufspreis aber höher als auf konventionell bewirtschafteten Feldern.

Weitere wichtige Leistungen im Bereich Landwirtschaft:

- Das Stadtgut Lobau (200 ha) konnte sämtliche Produkte als Bio-Ware veräußern. Die Kontrolle

und Anerkennung als Bio-Betrieb erfolgt über die Austria Bio Garantie-Gesellschaft zur Kontrolle der Echtheit biologischer Produkte.

- Die Gutsdomäne Essling (400 ha) wirtschaftet seit Juli 2001 organisch-biologisch und ist dem Verband „Ernte für das Leben“ beigetreten. Die Gutsdomäne befindet sich zur Zeit in der Umstellungsphase und produziert Futtergetreide für die biologische Viehwirtschaft.
- Angrenzend an das Kompostwerk Schafflerhof wurde auf Flächen der MA 49 das neue Winterquartier für die 57 Schafe, 6 Ziegen und 2 Esel errichtet, welche den Sommer am Cobenzl auf der Weide verbringen.
- Am Weingut Cobenzl wurde der Präsentationsraum im Kellergewölbe Ende Februar fertig gestellt. Der Raum wird für Veranstaltungen wie Weinverkostungen und Präsentationen genutzt.
- Ein neues Verwaltungsübereinkommen zwischen der MA 48 und der MA 49 sieht eine Abgeltung für die Kompostausbringung durch die MA 48 in Sachleistungen vor und regelt die Wiederbeschaffungsintervalle von Kompoststreuern durch die MA 48. Der Landwirtschaftsbetrieb wird jährlich 20.000 t Kompost von der MA 48 übernehmen und entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen (Wasserrechtsgesetz, Nitratrichtlinie) ausbringen.

Ludwig Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie

Im Jahr 2001 wurden unter anderem folgende Projekte abgeschlossen:

- Im Optionenbericht für die Landwirtschaft in Wien wurden Zukunftsperspektiven für die Erhaltung und Absicherung dieses Wirtschaftszweiges erarbeitet.
- Neue Bekämpfungsmaßnahmen gegen Disteln im Biolandbau wurden erarbeitet und werden bereits eingesetzt.
- Vertragsnaturschutz unter Leitung des Institutes: 18 Wiener Landwirte entwickeln aus 55 Feldern wertvolle Naturschutzflächen.
- Ausarbeitung von Grenzwerten bezüglich der unbeabsichtigten, gentechnischen Verunreinigung von biologischen Produkten.
- Erforschung der Kompostanwendung und ihre Auswirkung auf den verminderten Stickstoffeintrag in das Grundwasser.
- Erstellung einer Broschüre über die Saatguterzeugung im Biolandbau.

Gruppe 2: Quellenschutzwälder

In den Quellenschutzwäldern wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaus verfolgt, welche auf die Erzielung vielschichtiger, verschiedenaltiger, möglichst geschlossener Wälder abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche, kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet. Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstamm-entnahmen bzw. kleinflächigen Eingriffen, welche die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Wälder ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hierbei auf die Förderung des Laubholzanteils in den Jungwäldern gelegt. Arbeitsschwerpunkte in den Quellenschutzwäldern waren:

- Erarbeitung und Inkraftsetzung von Grundsätzen für das Management in den Quellenschutzwäldern gemeinsam mit der MA 31 – Wasserwerke.
- Das System der permanenten Kontrollstichproben, die es ermöglichen, eine Veränderung der Waldzustandsdaten zu erfassen, wurde 2000 auf ein verdichtetes Punktenetz umgestellt. Ab 2001 wird die Stichprobeninventur anstatt in einem zehnjährigen, in einem fünfjährigen Zyklus durchgeführt.
- Einrichtung eines „Weiserbestands“ in der Forstverwaltung Hirschwang. Weiserbestände sind Musterwälder, in welchen die Forstbediensteten beispielhaft die Eingriffe in die Quellenschutzwälder üben und erlernen.
- Das Lohn-, Forst- und das Sägeprogramm der MA 49 wurden auf ein neues Betriebssystem umgestellt.

Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit

- In Erfüllung neuer Managementanforderungen (New Public Management) wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion und den Forstverwaltungen der zweite Kontrakt der MA 49 für das Haushaltsjahr 2001 evaluiert und der Kontrakt für das Haushaltsjahr 2002 erstellt.
- Fortsetzung der Umstellung des Erscheinungsbilds der MA 49 auf das neue Corporate Design der Stadt Wien. Neue Broschüren (wie Weingut Cobenzl, Lainzer Tiergarten), Souvenirs, T-Shirts, Schautafeln, Inserate, Fahnen etc. tragen grundsätzlich nur noch das neue Corporate Design der Stadt Wien.
- Führung von 35 forstlichen Fachexkursionen mit ca. 870 Personen, hauptsächlich aus dem Ausland.
- In der Wiener Waldschule konnte das 18.000ste Kind seit Bestehen dieser Einrichtung im Jahre 1998 betreut werden. 210 Waldschultage (100 %) konnten abgehalten werden, zusätzlich 30 Tage mit anderen Besuchergruppen an schulfreien Tagen.

- 105 NationalparkCamp-Tage wurden in Kooperation mit dem Verein „Grüne Insel“ abgehalten. Ca. 7.200 Kinder und Jugendliche wurden hier betreut.
- 409 Exkursionen mit 9.111 Teilnehmern wurden von der Nationalpark-Forstverwaltung Lobau durchgeführt.
- Zählungen ergaben ca. 500.000 Besucher im Lainzer Tiergarten und ca. 650.000 Besucher im Wiener Teil des Nationalparks Donau-Auen.
- Insgesamt wurden in den stadtnahen Wäldern und in den Quellenschutzwäldern 987 Exkursionsgruppen mit einer Teilnehmerzahl von 24.380 Personen geführt.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens (MA 58)

Allgemeines

Die MA 58 ist, vom agrartechnischen Referat abgesehen, eine Rechtsabteilung und dem Bereich der Hoheitsverwaltung zuzuordnen. Ihre Aufgaben und Zielsetzungen sind (verfassungs)gesetzlich vorgegeben. Sie untergliedert sich in drei Dezernate und 14 Referate und wird kraft organisationsrechtlichen Auftrags im Wesentlichen in den Bereichen des Wasserrechtes, des Schifffahrtswesens, des Landarbeitsrechtes, der Land- und Forstwirtschaft, des Wiener Landwirtschaftskammerrechtes, der Bodenreform, des Veterinärwesens, der Tierzucht, des Jagd- und des Fischereiwesens, des Tierschutzes, soweit es Landeskompetenzen betrifft, des Pflanzen- und des Bodenschutzes sowie in allen EU-Angelegenheiten bezüglich der voranstehenden landesrechtlichen Materien – im Einzelfall entweder infolge gesetzlichen Auftrags, individuellen Antrags oder in den Angelegenheiten verwaltungsbehördlicher Aufsicht und Verwaltungspolizei von Amts wegen, tätig. Überdies ist ihr die Land- und Forstwirtschaftsinspektion organisatorisch eingegliedert, und sie nimmt auch Aufgaben der örtlichen Sicherheitspolizei wahr.

Geschäftsfälle

Im Berichtszeitraum 2001 fielen insgesamt 7.625 Geschäftsstücke an. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr (7.168) eine Zunahme von rund 6,38 %. Davon betrafen 7.608 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 7 Agenden die Agrarbehörde und 10 administrative Berufungen. Insgesamt wurden 17 Produkt-, Projekt- und Dienstleistungsgruppen, innerhalb deren 175 Produkt-, Projekt- und Dienstleistungsarten angesprochen und davon wiederum insgesamt 5.336 Produkte, Projekte oder Dienstleistungen mit Außenwirkung erbracht. Die Arbeitsergebnisse gliedern sich nach folgenden Produkt-, Projekt- oder Dienstleistungsgruppen:

Berechtigungen und Schiffszulassungen/Schiffsführerpatente

Im Berichtsjahr wurden bescheidmäßig 705 Berechtigungen (Bewilligungen, Genehmigungen, Änderungen, Löschungen) nach dem Wasserrechtsgesetz (62 Grundwasserentnahmen, 31 Anlagen innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflussbe-



Die glücklichen Gewinner des Preisausschreibens „Umwelt mit Kindern“ bei Stadträtin Kossina.

reiches, 28 Wasserbenutzungsrechte, 98 Anlagen mit teilweiser nachträglicher Genehmigung geringfügiger Abweichungen und 29 sonstige Anlagenänderungen, 95 Löschungen), nach dem Schifffahrtsgesetz (12 Schifffahrtsanlagen und 10 Arbeitsbewilligungen in und über der Wasserstraße Donau) und nach den übrigen Materiengesetzen (wieder)verliehen, abgeändert, aufgehoben bzw. gelöscht sowie 1.323 Binnenschiffszulassungen, Hochseeschiffszulassungen und Schiffsführerpatente nach dem Binnenschifffahrtsgesetz und dem Seeschifffahrtsgesetz erteilt.

In wasser- und schifffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden 275 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten. Mit Stichtag 31. Dezember 2001 bestanden in Wien 35 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete (Gesamtfläche von 18.041 ha, wobei auf einer Fläche von 3.557 ha die Jagd ruht) sowie 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.178,6 ha.

Verwaltungsbehördliche Aufsicht und Verwaltungspolizei

In 705 Fällen wurden verwaltungsbehördliche Aufsichtstätigkeiten entfaltet, und in 62 Fällen verwaltpolizeiliche Aufträge zur Herbeiführung des gesetzmäßigen Zustandes oder zur Hereinbringung von Kosten erteilt.

Rechtsmittelentscheidungen und Mitwirkung in anderen Behördenverfahren

Insgesamt wurden 27 Rechtsmittelentscheidungen getroffen. 2 nach dem Wasserrechtsgesetz, 2 nach dem Forstgesetz, 9 nach dem Wiener Wasserversorgungsgesetz, 2 nach dem Wiener Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz, 11 nach dem Wiener Tiererschutz- und Tierhaltegesetz. Über einen Berufungsantrag gegen eine eigene Entscheidung als Behörde erster Instanz wurde 1 Berufungsvorentscheidung gefällt. In 98 Fällen wurde eine Mitarbeit auf Intention anderer Behörden und Organe entfaltet.

Rechtsberatungen, Vertretungen sowie Information und Öffentlichkeitsarbeit

Die Kompetenz zur Rechtsberatung wurde von Organen der öffentlichen Aufsicht und diversen Organisationen sowie von der Stadt Wien selbst (auch zur Vertretung vor anderen Wasserrechtsbehörden) in 246 Fällen in Anspruch genommen. In 957 Fällen wurden Anfragen beantwortet, Beschwerden allgemeiner Natur behandelt, allgemeine Informationen, (Rechts)Auskünfte und (Rechts)Belehrungen erteilt und mit Interessensvertretungen ein Wissens- und Informationsaustausch gepflogen.

Organbestellungen und Befähigungsprüfungen

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 40 Kommissionsmitglieder (5 der Prüfungskommission für Gärtnermeister und Gärtnerfacharbeiter, 16 der Gleichbehandlungskommission, 8 der Einigungskommission und 8 der Obereinigungskommission) und drei Fischereiaufsichtsorgane bestellt sowie 287 Kandidaten auf ihre Eignung zur Ausübung der Fischerei-

aufsicht, der gewerbsmäßigen Schifffahrt und zur Führung eines Schiffes geprüft.

Eigenlegistik, Fremdlegistik sowie Expertentätigkeit

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich der Eigenlegistik 10 Wiener Landesgesetze und 22 Verordnungen ausgearbeitet, im Rahmen der Fremdlegistik 64 Gesetzentwürfe und 54 Verordnungsentwürfe des Bundes und der Länder sowie 83 Leitlinien, Verordnungen, Notifikationen und Richtlinien auf dem Gebiet der Europäischen Union begutachtet. Nach Maßgabe der EU-Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften wurden - federführend - Koordinierungsaufgaben bewältigt, technische Vorschriften anderer Mitgliedsstaaten überprüft und beurteilt, ob Handelshemmnisse, die den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes verhindern könnten, vorliegen und EU-Konformität gegeben ist. Die Fachkompetenz von Mitarbeitern der Magistratsabteilung 58 wurde in 25 Fällen in externen Gremien auf Bundesebene, z. B. zur Vorbereitung der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, eingebracht.

Evidenzen und Gebühren/Werttarife

In der Magistratsabteilung werden 10 Evidenzen mit Außenwirkung laufend geführt. Der hierfür erforderliche Arbeitsaufwand betrug 2.860 Arbeitsstunden. Mit 31. Dezember 2001 waren im Wasserbuch für Wien 2.734 aufrechte Wasserrechte ersichtlich und im Lagerbuch 1.471 Bewilligungen verzeichnet. Die Arbeiten für die EDV-unterstützte Führung des Wasserbuches wurden weiterbetrieben. 19-mal wurden im abgelaufenen Jahr Gebühren und Werttarife für Fleischuntersuchungen sowie Werttarife für Geflügel, Schlacht- und Nuttschweine festgesetzt.

Land- und Forstwirtschaftsinspektion und agrartechnischer Fachdienst

Die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion sind zur Wahrung bzw. Überwachung des Dienstnehmerschutzes in der Land- und Forstwirtschaft berufen. In dieser Funktion wurden 184 Überwachungsaktivitäten entfaltet. Es wurden dabei 105 Betriebe (Gartenbaubetriebe, Weinbaubetriebe, bäuerliche Betriebe und 1 Genossenschaftsbetrieb) insgesamt 117-mal vor Ort kontrolliert, Beanstandungen vorgenommen und 67 Aufträge zur Herbeiführung des gesetzmäßigen Zustandes erteilt. Sie nahmen an 49 Behördenverhandlungen und Arbeitskreissitzungen teil. In 20 Fällen wurde deren Fachkompetenz bei legistischen Vorhaben betreffend den Dienstnehmerschutz miteinbezogen.

Im Rahmen des agrartechnischen Fachdienstes wurden 334 Gutachten, Stellungnahmen, Überprüfungen vorgenommen. Davon bezogen sich 103 auf diverse agrartechnische Belange, 139 auf Belange der Agrarförderung, 21 auf fachspezifische Gutachten von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen und 71 auf die Europäische Agrarpolitik.

Im Landesgesetzblatt oder Amtsblatt der Stadt Wien verlaubliche Gesetze und Verordnungen

Im Jahr 2001 wurden 21 ausgearbeitete und von den zuständigen Organen erlassene Gesetze und Verordnungen im Landesgesetzblatt für Wien oder Amtsblatt der Stadt Wien kundgemacht. Die bedeutendsten Regelwerke waren u. a.:

- Die Verordnung der Wiener Landesregierung über den Schutz der Dienstnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, LGBl. für Wien Nr. 3/2001;
- Das Gesetz, mit dem das Wiener Tierzuchtgesetz, das Wiener Weinbaugesetz 1995, das Kulturpflanzenschutzgesetz, das Wiener Pflanzenschutzmittelgesetz, das Wiener Feldschutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Gesetz über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen von Grundstücksgrenzen, das Gesetz, mit dem Ausführungsbestimmungen zum Forstgesetz 1975 erlassen werden, die Wiener Landarbeitsordnung 1990, das Wiener Landwirtschaftskammergesetz, die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1992, das Wiener land- und forstwirtschaftliche Gleichbehandlungsgesetz, das Wiener Fischereigesetz, das Wiener Jagdgesetz und das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz zwecks Anpassung an die Einführung des Euro geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 11/2001;
- Die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über die Pflicht zur Abfuhr von Spezifiziertem Risikomaterial und die hierfür zu entrichtenden Entgelte (SRM-Verordnung), LGBl. für Wien Nr. 20/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Grünanlagenverordnung geändert wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 4/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Kundmachung des Wiener Magistrates betreffend das Verbot des Befahrens der linksufrigen Donauregulierungsanlagen geändert wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 4/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Kundmachung über das Verbot des Betretens und Befahrens der Wienflussregulierungsanlagen geändert wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 4/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Kundmachung über das Verbot des Abschießens von Tauben im verbauten Stadtgebiet geändert wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 4/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend die Erklärung eines Gebietes zur Befallszone aufgrund des Auftretens des Feuerbrandes, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 4/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Kundmachung des Magistrates der Stadt Wien betreffend die Bekämpfung der Tabakkrankheit „Falscher Mehltau“ (*Blaschimmel, *Peronospora tabacina**) aufgehoben wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 26/2001;
- Das Gesetz, mit dem das Wiener Fischereigesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 33/2001;
- Das Gesetz, mit dem das Wiener Jagdgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 34/2001;
- Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien mit der die Kundmachung betreffend das Verbot des Befahrens der Alten Donau mit Motorbooten geändert wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 10/2001;
- Die Verordnung der Wiener Landesregierung über den Schutz der Dienstnehmer in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bei Bildschirmarbeit, LGBl. für Wien Nr. 86/2001;
- Das Gesetz, mit dem die Wiener Landarbeitsordnung 1990 geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 126/2001;
- Die Verordnung des Magistrates, mit der die Verordnung betreffend Festlegung einer Verdachtszone auf Grund des Auftretens der Bösartigen Faulbrut bei Honigbienen aufgehoben wird, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 9/2001;
- Die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Übertragung von Aufgaben nach dem Wiener Landwirtschaftsgesetz an die Landwirtschaftskammer für Wien, LGBl. für Wien Nr. 44/2001;
- Die Verordnung der Wiener Landesregierung über Fleischuntersuchungsgebühren, LGBl. für Wien Nr. 97/2001;
- Das Gesetz, mit dem das Wiener Wasserversorgungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 117/2001.